

# DRITTER WEG

für eine  
**MARKTWIRTSCHAFT ohne PRIVATKAPITALISMUS**  
und für einen  
**SOZIALISMUS ohne STAATSKAPITALISMUS**

**ALTERNATIVEN für eine ökosoziale, basisdemokratische,  
gewaltfreie Gesellschaft ohne Diskriminierung von Frauen  
und Minderheiten --- ohne Verletzung von Menschenrechten.**

**Nr. 68 in Fortsetzung der ALTERNATIVEN, Herbst 2009**

Mit dem Mauerfall Ende 1989 änderten wir im Folgejahr 1990 den Titel unserer Rundbriefe „anders leben – anders wirtschaften“ in **DIE ALTERNATIVE** als politische Zeitschrift um und knüpften an das systemkritische Buch dieses Titels von **Rudolf Bahro** an, das ihm Haft im Zuchthaus Bautzen, danach Ausweisung aus der DDR brachte. Bereits in Ausgabe 1 brachten wir einen Aufsatz von Helmut Creutz zur Lage in der DDR, der damals auch im **DDW-DER DRITTE WEG der FSU** erschien. Helmut Creutz verdeutlichte in zwei Thesen und in einer Graphik, was in beiden Teilen Deutschlands geschehen sollte um einen **DRITTEN WEG** zur Überwindung der zerstörerischen Altsysteme des **KAPITALISMUS** im Westen und des angeblichen **SOZIALISMUS** im Osten einzuleiten:

**These 1: Freie Marktwirtschaft wird meist mit Kapitalismus gleichgesetzt. Planwirtschaft mit Sozialismus/Kommunismus. In Wirklichkeit setzt ein freier Markt und eine gerechte Gesellschaft die Überwindung des Kapitalismus ebenso voraus wie die der Planwirtschaft.**

**These 2: Die Wirtschaft, besonders Geld und Boden, ist der Unterbau der Gesellschaft. Eine stabile und gerechte Gesellschaft beruht auf der Grundlage einer stabilen und gerechten Wirtschaft und diese auf einer bereits stabilen und gerechten Geld- und Bodenordnung.**

*Ergibt sich aus beiden Thesen zur Lösung des Gegensatzes Kapitalismus-Sozialismus nicht die richtige Zuordnung der falschen Begriffspaare, die Helmut Creutz wie folgt beschreibt?:*

## **Der Weg zur Lösung des Ost–West-Problems:**

Westen:            MARKTWIRTSCHAFT + KAPITALISMUS

Osten:             PLANWIRTSCHAFT + SOZIALISMUS

(nicht gewünschtes streichen!)

---

=Dritter Weg: MARKTWIRTSCHAFT + SOZIALISMUS

=Resultat:        FREIHEIT                            + GERECHTIGKEIT

**Ist es – 20 Jahre später – und nach der Wahl einer kapitalistischen Regierung - nicht an der Zeit direkt mit dem Begriff **DRITTER WEG** für Zeitschrift und unsere politische Bürgerinitiative die Arbeit für die liberalsozialen Inhalte der Geld-Boden- Steuer- und Vermögensreform von **MARKTWIRTSCHAFT** und **SOZIALISMUS** koordiniert zu führen?**

## **Das geschieht nunmehr mit der Zeitschrift DRITTER WEG und der Bürgerinitiative A3W – ALTERNATIVE DRITTER WEG (Kurzfassung auch BI DRITTER WEG)**

Den Begriff jetzt auch für die Zeitschrift ALTERNATIVEN zu nutzen, der ja als Untertitel bleibt, dafür machte die FSU den Weg durch Aufgabe des Titels DER DRITTE WEG frei. Sie selbst nannte sich in HUMANWIRTSCHAFTSPARTEI – HWP -um, nachdem ihr durch eine Marktanalyse dieser Begriff besonders zugkräftig erschien. A3W kritisierte diesen Begriff als für eine Partei ohne Aussagekraft. Alle politischen Lager schmücken sich mit Aussagen über mehr Menschlichkeit. So wollte Willy Brandt der Wirtschaft ein menschliches Antlitz geben, Angela Merkel wollte im Vorjahr eine menschliche Marktwirtschaft. Hätten wir wirklich eine Marktwirtschaft so wäre sie aus sich heraus menschlich, also ohne Ausbeutung für die Menschen. Jetzt kam eine Mail, im Berliner ADLON gibt es ein Tagestreffen – Eintritt 1700 EURO – einer humanökologischen Gruppe, die Gewinne mit der Bekämpfung Klimakrise verspricht. Bunter geht es mit diesem Begriff wahrlich nicht. Das spürte auch Hermann Benjes, Vorsitzender der FSU 1999, und trat mit Getreuen sofort aus. Sein Aufsatz DER DRITTE WEG aus der Neuauflage „Wer hat Angst vor Silvio Gesell“ zeigt den richtigeren Begriff durchaus auf. (Hermann Benjes verstarb 2007)

Die HWP hat bei zwei Wahlen (Berlin und jetzt Sachsen) erlebt, dass dieser Begriff keinen Hund hinter dem Ofen hervorlockt. also kein Selbstläufer mit einer Aussagekraft ist, der den Wählern sofort sagt, was Sache ist. **Im Wissen darüber hat sich A3W mit der HWP Sachsen verbündet, um dass zu erwartende Ergebnis mit dem Zusatz DRITTER WEG für HUMANWIRTSCHAFT zu verbessern.** Genau das geschah in den letzten Wahlwochen nicht, so dass in 60.000 -äußerlich und bunt recht gut aufgemachten und zentral verteilten DIN A4-Blättern kein einziger Wähler erfuhr, dass **HUMANWIRTSCHAFT** für den **DRITTEN WEG** steht, der politische Begriff, mit dem die Bürger der EX-DDR etwas anzufangen wissen und für den sich 2000 in der Umfrage „**Können Sie sich nach 40 Jahren Sozialismus und 10 Jahren Kapitalismus einen dritten Weg vorstellen**“ **66 % mit ja entschieden.**

Das sei vor fast 10 Jahren gewesen und inzwischen hätten doch alle die Segnungen der „Marktwirtschaft“ erlebt, meinen Sie? Dann lesen Sie bitte die Umfrage des SPIEGELS von 2005, die wir als Graphik in Nr. 65 gleich auf Seite 1 veröffentlichten und die damals jedes HWP-Mitglied erhielt. Der SPIEGEL fragte nach zwei weiteren Fragen zum Begriff Sozialismus und zur Kritik von Karl Marx am Kapitalismus: „**Es muss doch einen dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus geben**“ **Stimmen Sie eher zu oder eher nicht ? In den neuen Ländern antworteten 63% zustimmend und in der Alt-BRD sogar 67%.**

Schon 2000 sagten wir – als wir den Begriff DRITTER WEG längst als BI benutzten, **der politische Teil der NWO – Bewegung , also die FSU, verdiene doch den Untergang, wenn sie nicht diese Umfrage nutzt und mindestens im Osten alles daran setzt (Die erste Umfrage gab es nur im Osten), dort unter diesem Namen politisch aufzutreten.** Sie tat es nicht – und gab obendrein ihren Zeitungsnamen **DDW-DER DRITTE WEG** auf. Wenn die HWP in Sachsen trotz Nicht-Nutzung des noch vor vier Jahren von 63% aller EX-DDR- Bürger gutgeheißenen DRITTEN WEGES 0,12% der Stimmen erzielte, in Berlin vor 2 Jahren 0,14%, so brachte die Teilnahme außer **der Bestätigung der Fehlentscheidung des Namens HUMANWIRTSCHAFTSPARTEI** eine weitere für die Zukunft wichtige Erkenntnis gegen die herrschende Mentalität des „**Wir können doch nichts tun und des den Kopf und die Hände in den Sand Stecken:** 1350 Unterschriften zur Wahlzulassung und 2150 Stimmen wurden von einer Mini-Minderheit von ca. 15 Aktiven erzielt, die sich nicht scheuten mit Infoständen auf die Straße zu gehen oder Zettel zu verteilen und an die Türen zu klopfen, um Unterschriften zu sammeln und die ersten ca. 100 Plakate, die finanziert werden konnten, aufzuhängen.. **Also: Auch wenige können etwas bewirken, wenn sie aktiv werden,** wozu auch die Füllung der Wahlkasse gehört, denn drei Akteure arbeiten nur gegen Hartgeld: Die Post, die Drucker und Verteildienste, ohne die es nicht geht. Ganz nebenbei wurde der Mitgliederbestand der HWP von 10 auf 25 aufgestockt. **Die Wahlteilnahme der HWP und die Finanzhilfe von A3W hatten trotz Fehler doch Sinn!**

A3W arbeitet an erneuter Wahlbeteiligung, vor allem in Sachsen. Um zu erreichen, dass bei einem Bündnis die gemeinsame Basis nicht erneut verlassen werden kann, führt A3W eine eigene Wahlkasse und einen eigenen Wahlkampf im Rahmen eines Bündnisses unter der Parole des DRITTEN WEGES und mit eigenem Programm, in Sachsen vor allem mit **SACHSENMARK** und **GRUNDEINKOMMEN**. Da wir 2009 mit Mitgliedern und Lesern **keine Programmdebatte führen konnten, holen wir sie im nächsten Heft nach und bereiten sie für 2013 vor und bitten für die weitere Arbeit um inhaltliche, werbemäßige und Finanz-Unterstützung.** Im Werbeblatt „**20 Jahre nach Rückkehr der DDR in den Kapitalismus**“ fragen wir; ob noch, - **oder gerade erst jetzt** - Chancen für den DRITTEN WEG bestehen. Georg Otto

# Vom Traum einer fairen Wirtschaftsordnung:

Diesen Traum träumte im Frühjahr 2009 der Züricher Rainert Grunert, Psychologe, Betriebswirt, Autor von meist Büchern zu Beziehungsthemen. Die Finanzkrise setzte ihm zu. Im Freundesgespräch entstand der Plan ein allgemein verständliches Buch darüber zu schreiben. Grunert schreibt: „Ich bin weder Volkswirt, Geld- oder Zinstheoretiker, noch habe ich mich in größerem Umfang damit beschäftigt. Wie es jedoch im Sprichwort heißt: Unverhofft kommt oft.“ Anfang 2009 zieht sich Grunert an seinen Lieblingsplatz in Goa, Südindien, zurück. Mitgenommen ist diverse Hintergrundliteratur und hunderte Internetseiten. Indien ist ein Land der Gegensätze mit Wanderarbeitern mit einem erbärmlichen Lebensstandard und modernster Technologie, mit einer Mittelschicht von ca. 320 Millionen, die westlichen Standard erstrebt und einer hauchdünnen schwerreichen Oberschicht.

„Mich hat betroffen gemacht, dass die Ärmsten ihrer Armut trotz größter Anstrengungen nicht entrinnen können. Es ist eine Analogie zur WELTWIRTSCHAFT, in der man aus Geld Geld machen kann, es hat zu tun mit dem Boden, seinen Rohstoffen, seiner Verteilung. Es scheint, im System stimmt etwas nicht. Dann helfen keine Milliarden-Konjunkturpakete, denn die nächste Krise hängt schon in der Warteschleife. – Die üblichen Methoden zur Wiederherstellung des Systems versagen auf Dauer, wenn nicht diesmal, so beim nächsten oder übernächsten Crash“ Grunert stürzt sich in die Arbeit und stößt „auf spannende Ideen und Veränderungsmöglichkeiten“

Seine Vorschläge folgen alle einem Prinzip: „Man darf keinem Menschen etwas wegnehmen, um es an andere zu verteilen – und dennoch gibt es am Ende nur Gewinner.“ Man darf gespannt sein, wie der Autor das Prinzip durchhalten wird

In „Grund und Boden“ koppelte er eine faire Verteilung des Bodens und ein weltweites bedingungsloses Grundeinkommen. Beides beendet die Massenarmut in der Welt, ohne dass irgendjemandem, ob arm oder reich, etwas genommen wird. Und zum Vorschlag eines neuen Geldsystems sagt er, dass es selbst unter ungünstigen Bedingungen nicht ins Stocken geraten kann und keine Tendenz zur Inflation enthält. Schließlich verrät er uns schon am Anfang, was auch in seinem Gepäck war und welche Ökonomen sich ihm gegenüber durchsetzten: „Die vorgestellten Modelle wurden lange, bevor ich das Licht der Welt erblicke, erdacht. Sie gehen zurück auf den französischen Ökonomen und Marxkritiker Pierre-Joseph Proudhon, den belgisch-argentinischen Kaufmann Silvio Gesell und den britischen Ökonomen John Maynard Keynes. Ich habe sie für Sie aufbereitet und, wann immer ich es für angebracht hielt, entstaubt, und, wann es mir möglich war, Brücken zu modernen Finanzinstrumenten und einer globalen Welt geschlagen.

Mit Einzelpunkten beschäftigen wir uns noch.. Heute zur Vision eines weltweiten GRUNDEINKOMMENS, das den Lebensstandard der ärmsten Völker steigert, das gekoppelt wird mit weltweiter Aufhebung des PRIVATEIGENTUMS am Boden –jedoch mit seiner weiterer Nutzung wie bisher. Wie? Stellen wir uns vor, so Grunert, „eine Weltbehörde für Geld und Grundbesitz ... kauft allen Grundbesitzern ihr Eigentum am Boden ab ... und zahlt dafür den aktuellen Marktwert.(Bei einem Stück Wüste sehr gering, bei einem Ölfeld darunter sehr hoch)“ Nehmen wir weiter an, diese Behörde hat die „GIGANTISCHE GELDMENGE“ dafür, was Grunert im

Kapitel über das Geld erklärt, und bietet den ehem. Eignern, nachdem sie den Preis erhielten, an, ihren Grund gegen einen

Pachtvertrag auf Lebenszeit weiter zu nutzen: Dabei soll die Pacht über die gesamte Laufzeit niedriger sein als der erzielte Preis. Unternehmen erhalten über diesen Mietrückkauf „enormen Kapitalzufluss“ für Investitionen, In der neuen Bodenordnung gibt es keine Unterverpachtung Wer nicht verkaufen will, dessen Land verfällt mit dem Tode der Weltbehörde zur Verpachtung. Die Erben können gegen ein Vorpachtrecht einsteigen. „Aus unternehmerischer Sicht wäre die Weigerung zu verkaufen dumm, weil andere dadurch eine ordentliche Kapitaldecke gewinnen.“ Niemand verliert etwas: Die Verkäufer erhalten den Marktwert und zahlen daraus die Pacht, aus dem das weltweite Grundeinkommen finanziert wird. Nur Immobilienunternehmen bricht das Geschäft weg. Doch werden sie für ihren Grundbesitz entschädigt, so „dürfte es ihnen nicht schwerfallen, neue Geschäftsfelder zu entwickeln.“

Diese Utopie ist uns so fremd nicht. In Nr.44/02 ALTERNATIVEN setzten wir uns für ein neues Weltrohstoffrecht ein um die Kriege um die Weltrohstoffe zu beenden, als „dritter Weg jenseits des Raubrechts privater Konzerne und von Nationalstaaten.“ Um Bevölkerung und Politik der Rohstoffländer für die Abgabe ihrer Hoheitsrechte an den Rohstoffen zu gewinnen, schlugen wir vor die Pachterträge bevorzugt für die Förderung der Kinder dieser Länder zu verwenden; was ein bedingtes Grundeinkommen für die Kinder wäre. A3W kann sich mit der Idee eines Welteigentums aller Menschen am Weltboden anfreunden, zumal die bisherige Vorstellung der Gesellanhänger in einem Lande anzufangen und die dabei anfallende Grundrente (Bodenpacht) an alle im Lande Wohnenden als Erziehungsgehalt oder Kindergeld zu verteilen, auf eine Grenze stößt: Es ließe sich die Idee Gesells, dass aller Boden allen Menschen gehört und die Grundrente an alle Mütter, egal ob weiß, schwarz, gelb oder roter Hautfarbe zunächst nur eingegrenzt durchführen. Natürlich würde so ein Land sofort Einwanderungsland, so dass sehr schnell die Höhe des Kindergeldes, Müttergeldes pro Kind/Mutter reduziert würde. Und das könnte nationalistische Stimmungen auslösen, dem Gesell mit seiner Idee des Welteigentums am Boden und der Verteilung der Grundrente an alle entgegen treten wollte. Mittelfristig würden die Bodenwerte und Pachterträge bei Einwanderung steigen. Es gibt aber ökologische Siedlungsgrenzen und diese Schäden sind nur schwer oder nicht auszugleichen.

Die Vorschläge Grunerts gleich die Idee des Welteigentums am Boden und des weltweiten Grundeinkommens zu vertreten, hat einiges für sich. Sie sind in Kommunen, Ländern, Bund zu ergänzen: Vorkaufsrecht nutzen statt Verkauf des Tafelsilbers, Landesbodenfonds, und Abschöpfung des Bodenwertzuwachses für die Erziehenden und die Kinder.

**Auf jeden Fall sollten sie diskutiert werden, auch wenn sie „über die reine Lehre“ hinausgehen, was bei ALTERNATIVE DRITTER WEG an einigen Punkten der Fall ist. Gerade die kommende Weihnachts- und Winterzeit bietet Muße zum Nachdenken und Geschenke braucht man da ja auch. Das Buch, 150 Seiten kostet € 14,- 3. Ex € 40,- mit Versand und ist bei ALTERNATIVEN/DRITTER WEG zu haben: 31079 Eberholzen, Gänseberg 11, [alternative-dritter-weg@t-online.de](mailto:alternative-dritter-weg@t-online.de)**

## **LINKE zur Überwindung der FINANZKRISE: Die Millionäre sollen zahlen!**

So könnte man den Vortrag von Prof. Schui zusammenfassen, den er vor der LINKEN in Elze bei Hildesheim hielt. Schui ist Jahrgang 1940, lehrte in Hamburg Wirtschaftswissenschaft und arbeitete Jahrzehnte in der Memorandum-Gruppe linker Ökonomen, die jährlich umfangreiche Gutachten zur Wirtschaftslage ausarbeiten. Jetzt vertritt er die LINKE im Wirtschaftsausschuss im Bundestag,.

Schui setzte sich zu Beginn mit den im August verbreiteten Hoffnungstrahlen auseinander, dass die Talsohle der Krise erreicht und im II. Quartal 2009 das BIP-Bruttoinlandsprodukt um 0,3% gestiegen sei. Interessant waren dabei seine Vergleich mit den von den Wirtschafts-Kommentatoren je nach Zweck verschieden gewählten Bezugswerten, um Aufwärtsstimmung zu bewirken.

An der Wirtschaftslehre Silvio Gesells orientierte Zuhörer konnten den Argumenten über die Krise, ihre Ursachen und Überwindung teilweise folgen, vermissten jedoch ein Eingehen auf die Geldverhältnisse bei Überbetonung der Vorgänge im Produktionsbereich. Für die LINKEN schlug Prof. Schui eine Erhöhung der Gewinnsteuern, die Wiedereinführung der Vermögens- und eine erhöhte Erbschaftssteuer für Private vor. Vermögen bis 1 Million € sollen frei bleiben, dann mit 5% versteuert werden. Der steuerfreie Eingangssatz soll auf 9300 € erhöht werden, was der Staatskasse 5 Mrd. kostet. Die genannten

**Inzwischen kam eine Einladung der LINKEN, Landesverband Niedersachsen (?) zur Diskussion am 5. 12. - 16 Uhr - im Freizeithaus Hannover-Linden, bei der Prof Schui und als Geldreformer Prof Dirk Löhr diskutieren. ob eine steuerliche Bekämpfung des Kapitalismus und Kontrolle der Geldströme nicht ausreicht und eine Geldumlaufsicherung und Antizinspolitik nicht unnötig seien.**

Geldreformer sind gespannt, wie Prof. Schui die Zeit nutzte, um in dieser Debatte gegen Dirk Löhr zu bestehen, bzw. ob es inzwischen mehr Übereinstimmungen zwischen beiden Richtungen gibt. Nun gibt es keine einheitliche NWO-Position in allen Fragen. So forderte A3W schon im liberalsozialen Zehnpunkteprogramm 2005 (Es steht mit 8 Punkten im gelben Mittelteil dieser Ausgabe, dort Seite 4) **hohe Besteuerung großer Einkommen und Vermögen**. A3W sieht eine Übereinstimmung mit dem Programm der LINKEN, das durch Steuersenkung bei niedrigen Einkommen und Änderungen bei der Mehrwertsteuer 15 Mrd. mehr Kaufkraft den kleinen Geldbeuteln sichern und über die 5%ige Millionärssteuer 80 Mrd., durch höhere Erbschaftssteuern 8 Mrd., höhere Körperschaftssteuern 44 Mrd., durch eine Börsenumsatzsteuer 10 Mrd. und durch Verbesserungen im Steuervollzug 10 Mrd., **zusammen 137 Mrd. Plus für den Staat sichern will**. A3W nannte 2005 auch schon einen Titel für die Verwendung dieses Geldes: **LASTENAUSGLEICH** zur Finanzierung der in 50

Steuern sollen insgesamt 137 Mrd. bringen. Bekanntlich beträgt der jetzige Bundeshaushalt ca. 280 Mrd.

In der Diskussion wollte Georg Otto wissen, ob die LINKE meint, damit den Kapitalismus selbst überwinden zu können, der mindestens 500 Mrd. € im Jahr Wertzuwachs für die 10% Superreichen erzielt, die aus dem Arbeitsertrag der 90% aufgebracht werden müssen und wie sie einen bei unserer Geldverfassung jederzeit möglichen Generalstreik des Geldes (Investitionsverweigerung) gegen eine Umverteilung von oben nach unten verhindern wolle.

Prof. Schui ging zwar auf alle anderen gestellten Fragen ein, ließ diese jedoch aus. Der Frager erbat sich noch 2 Sätze aus, die von der Tagungsleitung gewährt wurden. Er stellt fest, dass die Frage nicht beantwortet wurde, dass in der LINKEN offenbar in Geldfragen ein großer Kenntnisbedarf bestehe, der ab 10. 9. in der VHS-Diskussionsreihe des Arbeitskreises DRITTER WEG gedeckt werden könne. Privat bot er dem Referenten Diskussionen in Berlin an, zu denen von geldreformerischer Seite Prof. Bernd Senf von der dortigen FHW hinzugezogen werden könne.

In einer zweiten Diskussionsrunde stiegen Henning Frost und als Mitglied der LINKEN Rainer Schulz mit geldreformerischen Argumenten in die Debatte ein, auf die Schui aber auch nur am Rande einging.

Jahren Hochkapitalismus angerichteten Öko-, Sozial-, Gesundheits- und Kulturschäden. Prof: Moewes nannte das kürzlich eine **GRUNDSANIERUNG**. Silvio Gesell selbst bereitete 1919 als Volksbeauftragter für Finanzen der bayr. Räterepublik diese **VERMÖGENSREFORM** vor, wovon heute nur wenige Anhänger Notiz nehmen.

A3W hält die SICHERUNG des GELDUMLAUFS für eine Voraussetzung einer gerechten Steuer- und Vermögenspolitik. Nur sie kann die MONOPOLMACHT des GELDES durch einen GELD-GENERALSTREIK Wirtschaft und Staat in die Knie zu zwingen, aushebeln. Kostet GELDSTREIK selbst GELD; im EXTREM--FALL den Einzug des gesamten HORTGELDES und nicht nur die Normalumlafgebühr von 6 – 10%; so wird mit dieser MACHT DES FINANZKAPITALS gleichzeitig der KAPITALISMUS mit überwunden. Geld wird vom Herrscher über Staat (trotz „demokratischer“ Wahlen) und Wirtschaft zum willigen Diener der Arbeit. **Es muss sich jetzt bedingungslos - also ohne ZINS und MEHRWERT der Arbeit zur Verfügung stellen.**

**BÜRGERINITIATIVE A 3 W - ALTERNATIVE DRITTER WEG -31079 Eberholzen, Gänseberg**  
mail: [alternative-dritter-weg@t-online.de](mailto:alternative-dritter-weg@t-online.de) - [www.alternativen.de](http://www.alternativen.de) - Zeitschrift: DRITTER WEG – ALTERNATIVEN  
Marx oder/und Gesell? und DRITTER WEG DER PDS in den Sozialkapitalismus oder demokr. Sozialismus? Je € 3,50, zusammen € 6,-: Prof. M.- Kennedy: GELD ohne Zins und Inflation - € 9,-. Preise mit Porto, auch Briefmarken:

# Wie hältst Du es mit dem Zins?

Calvin, Luther und Zwingli im Jubiläumsjahr, dem 500. Geburtstag Calvins, über das Geld. Der Aufsatz erschien in 1/09 von „VCH-HOTELS“ Zeitschrift des Verbandes christlicher Hoteliers. Wir übernehmen ihn mit freundlicher Genehmigung des Verfassers Wolfgang Teichert und des Verlages.

2009 hat mit aufgeregten Disputen über den „Geist des Kapitalismus“ begonnen. Das mag zurückweisen auf Wirtschaftsäußerungen der drei großen Reformatoren des 16. Jahrhunderts. Just in diesem Krisenjahr 2009 steht der 500. Geburtstag des Mannes an, den der große Soziologe Max

Weber als den Motor des Kapitalismus erkannte: Johannes Calvin (eigentlich Jean Caulvin), der am 10. Juli 1509 im nordfranzösischen Noyon geboren, wegen „Ketzerei“ aus seiner Heimat geflohen, Jurist und theologischer Autodidakt, Reformator und Schöpfer der strengen, antihierarchischen Genfer Kirchenordnung, auf den sich heute 90 Millionen evangelische Christen berufen, Ein Prediger von Zucht, Ordnung, Fleiß und Sparsamkeit. Beruf ist Berufung, in der Erfüllung seiner Berufsaufgaben kann sich der Mensch seiner Erwählung vergewissern. Arbeit wird nicht mehr wie bis ins Mittelalter hinein als Strafe begriffen, die Gott über Adam und Eva samt deren Nachfahren für die Ursünde verhängt hat. Calvin ist nach Luther der wichtigste religiöse Erneuerer seiner Zeit.

Er war kein Ökonom, der nach einer neuen Wirtschaftsordnung strebte. Er bejahte Privateigentum, Produktivität von Kapital und menschlicher Arbeit und auch den variablen Zinssatz. Er protestierte zugleich gegen den Wucher und er räsonierte über das Verhältnis von ökonomischer Notwendigkeit und sozialer Solidarität.

Auch der ältere Martin Luther (1483 – 1546) äußerte sich kritisch zum beginnenden Bankensystem. „Aber grossist Unglück deutscher Nation ist gewisslich der Zinskauf. Wo der nit wäre, muss mancher sein Seiden, Sammet, Specerei und allerlei Prangen wohl unverkauft lassen. Er ist nit viel über hundert Jahr gestanden und hat fast alle Fürsten, Stift, Städt, Adel und Erben in Armuth,

Jammer und Verderben bracht. Sollt er noch hundert Jahr stehn so wäre es nit muglich, dass Deutschland einen Pfennig behielte, wir müssten uns gewisslich untereinander fressen ... Fürwahr, es muss der Zinskauf ein Figur und Anzeigen sein, dass die Welt mit schweren Stunden dem Teufel verkauft sei, dass zugleich zeitlich und geistlich Gut uns muss gebrechen“.

Geld sei „von Natur unfruchtbar und mehret sich nicht, darumb, wo sichs mehret. Als im Wucher, da ists wider die Natur des Geldes. Denn es lebt noch trägt nicht wie Baum und Acker thut, der alle Jahre mehr gibt, denn er ist. Denn er liegt nicht mußig, noch ohn Furcht, wie der Gulden thut von Natur – der Zins ist ein in der Wolle gefärbter Dieb und Mörder, wir Christen halten ihn aber so in Ehren, dass wir ihn ordentlich anbeten. Der Zins ist ein großes Ungeheuer, ähnlich einem Werwolf, der alles verwüstet, ärger als irgendein Schurke. Er gibt es aber nicht zu; dass er es gewesen sei. Er denkt, keiner werde ihn herausfinden. .... Ähnlich möchte der Zins die Welt betrügen, als sei er von Nutzen; ... während er tatsächlich alles an sich reißt.

Der Dritte schließlich: **Ulrich Zwingli** (1484 1531) in Zürich erklärte den Zins einerseits für ungöttlich, andererseits erkennt er dem Staat das Recht zu, den Zinsfuß fest zu setzen. Alle drei Reformatoren wussten wohl um die Ursache des Problems, boten jedoch keine praktikable Lösung an, wie der Geldumlauf gesichert werden konnte und damit blieb der grundlegende Fehler im System bestehen.

Soweit der Verfasser. Aus Sicht der Zinslehre Silvio Gesells schrieb der Religionslehrer Arno Schelle seine Examensarbeit über das „Zinsnehmen in der Theologie und Wirtschaft“, behandelt bes. Luther und den bei der Zinskritik fast immer auftauchenden Antisemitismus, auch bei Luther; und gibt Hinweise, wie die Bürger mit Leihgemeinschaften; Tauschringen und Regiogeld aus dem Zinssystem aussteigen können. Die Arbeit ist zu € 15,- bei ALTERNATIVEN, 31079 Eberholzen, –alternative-dritter –weg@t-online.de zu haben.

Es gibt es eine Liste der VCH-Hotels, die meist Ökoprodukte der Region vermarkten und sich gemeinnützig engagieren: TRCT-Medien:info@trct-medien.de T. 040-350 18 507



Foto: www.pianica.de/ingrid.kronz

**Was spricht für DRITTER WEG als Oberbegriff einer ALTERNATIVE, die zur Erreichung ihrer Hauptziele einer Ordnung von Freiheit und Gerechtigkeit als Gestaltungsmittel eine neue Geld-, Boden-, Steuer- und Vermögenspolitik erkannt hat. Und was spricht dafür Mittel und Ziel als sozialistisch zu bezeichnen?** *Georg Otto*

I: In einer Malingliste für eine solche Ordnung hieß es, viele Richtungen legen sich diesen Begriff zu. Er sei daher nicht eindeutig. Ersteres stimmt – auch international. So gibt es in Österreich kleine rechte Gruppen DRITTER Weg. In England gab es nach dem Kriege eine breite Literatur mit diesem Begriff zur Abgrenzung sozialdemokratischer zu kommunistischer Politik und zum Kapitalismus. Sie lebte auf als es um Ablösung der Konservativen ging. Im Papier Tony Blair – Gerhard Schröder Mitte der 90er Jahre formierte sich dieses Bündnis dort unter DRITTER WEG, bei uns unter NEUE MITTE. Hatte die SPD Angst vor diesem Begriff, weil sich nach dem Krieg Neutralisten um ihn sammelten und die SPD ihre NATO Treue schlecht damit schmücken konnte? Auch vertraten ihn Soziologen, die im Godesberger Programm der SPD einen Rückfall in Kapitalismus sahen, so Ossip Flechtheim. Den freisozialen dritten Weg der FSU-Zeitung DDW-DER DRITTE WEG ließen sie eher rechts liegen, weil ihm –zu recht oder zu unrecht - rechter Stallgeruch anhaftete. Eine Sondernummer „DAS PARLAMENT“ zum Thema DRITTER WEG nannte ihn mit vier Zeilen

Als sich Ende September 2009 mit der Entwicklung der HWP- Humanwirtschaftspartei Unzufriedene in Hannover trafen, wurde mir als Kritiker dieses Namens, der sich bei Wahlen in Berlin und Sachsen keineswegs als zugkräftig erwies, und als Befürworter von DRITTER WEG, wie in der NWO-Liste gesagt, damit können die Leute nichts anfangen: Die Befragten zweier Umfragen hatten keine Probleme: 2000 entschieden sich in den neuen Ländern 66% für einen DRITTEN WEG. 2005 waren es dort 63% und im Westen 67%. Würden sich heute – mitten in der Krise – eher mehr dafür aussprechen? **Eindeutig sagt der Begriff: Es geht um Ost- West oder um Kapitalismus- Sozialismus.**

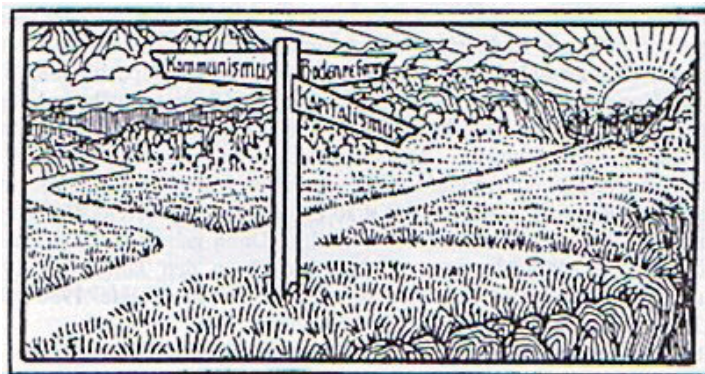
In meinen Vorträgen erkläre ich die im Kapitalismus „zugelassene“ Nachfrage- und Angebotstheorie, erstere unter Brandt-Schmidt, letztere unter Helmut Kohl und ihren „klugen Mix“ (Superminister Clement) unter Gerhard Schröder und Angela Merkel, die seit den 70er Jahren immer tiefer in die Krise führten:--- **Dagegen setze ich den dritten geldpolitischen Weg des umlaufgesicherten Geldes.**

In der Bodenpolitik führt das Privateigentums zur Bodenspekulation, Staatswirtschaft mit Zwangskollektivismus zur Unterjochung der Menschen. Dazwischen steht **der dritte Weg gemeinschaftlichen Eigentums bei privater wie genossenschaftlicher Bewirtschaftung.** Und der dritte Weg des Erziehungsgehaltes für die Erziehenden, in der Regel die Mütter, **steht zwischen kapitalistischer Ausbeutung der Frau** und immer noch patriarchaler Bevormundung in einer Männergesellschaft und **ihrer Rolle als gesellschaftliches Lasttier im Zwangskollektiv.**

In der internationalen Bodenpolitik sollten wir unseren **dritten Weg der Ressourcenpolitik** hervorheben zwischen **privatkapitalistischen Monopolen und ihren Kriegen um Herrschaft über die Rohstoffe und ihrer nationalistisch-feudalistischen Verstaatlichung/Nationalisierung, die immer schneller in den Weltkrieg III treiben.** Unser dritter Weg ist die Internationalisierung der Rohstoffe für die Menschheit und zum Nutzen der Kinder, wobei den Kindern der Förder-länder eine zeitliche Vorzugsstellung bei der Verteilung der Rohstoffpacht einzuräumen ist, um sie aus ihrer Armut herauszuholen und um die Zustimmung der Menschen dieser Länder zum Verzicht auf die nationale Hoheit über „IHRE“ Rohstoffe zu erhalten. **Das ist vermutlich die einzige Möglichkeit die Weltrohstoffe für alle Menschen friedlich, nachhaltig und ohne weitere Großkriege um sie zu nutzen.**

**Das Musterbeispiel ist die von A3W vertretene Nahostpolitik** – zuletzt dargestellt beim LIBANONKRIEG. Dort

setzen wir uns für den **Vereinigten Staaten** israelischen Gesellschaft für 1971 ein: Zunächst Jordanien. Nur in einer kann der Nahe Osten Völker erstarken, das gerecht lösen; das Wasser verteilen – später das Euphrat. Eine Politik Groß-Israel in den Grenzen der erstarkten Rechten jenseits des arabischen Gesellschaftlich kann der **bodenpolitische Weg Israels jenseits von Zwangskollektivismus und privater Bodenspekulation** Vorbild für die Araber werden und mit der von den dortigen **Religionen abgelehnten Zinswirtschaft können die die Völker vom Kapitalismus befreit werden.**



Zeichnung von Fidus auf dem Titelblatt der Zeitschrift "Deutsche Volksstimme - Organ des Bundes Deutscher Bodenreformer"

**DRITTEN WEG der Nahost** der arabisch-Nahostkonföderation von Palästina, Israel, Libanon, solchen Konföderation wirtschaftlich für alle Flüchtlingsproblem des Jordans gerecht Wasser von Tigris und jenseits der Ideologie des König Salomos, der von Israels vertreten wird, und Nationalismus.

**dritte – liberalsoziale -**

Historisch können wir beweisen, dass mit umlaufgesichertem Geld für 300 Jahre der **dritte Weg zw:Feudalismus Kapitalismus gesichert wurde**, wie Regionsphilosoph Dr. Alfred Racek die Zeit des Brakteatengeldes nannte.

Die PDS nannte nach der sog. Wende, der Unterwerfung der DDR unter die Gesetze des Kapitalismus, ihre Politik in einem von G: Gysi herausgegebenem Buch **„Wir brauchen einen dritten Weg“**. – . Auch der **Chef der DDR-Staatsbank, Edgar Most**, hatte ein Gespür dafür, als er seine Erfahrungen in Ost und West im Buch **„Fünfzig Jahre im Auftrag des Kapitals – Gibt es einen dritten Weg?“** nannte. Und Min.-Präsident **Platzek** beschwor im Landtag von Brandenburg die Abgeordneten vor 1 Jahr. **„Wir müssen mit aller Kraft nach einem dritten Weg suchen müssen!“**

Es lassen sich weitere Beispiele finden, die zeigen, dass dieser Begriff unsere Ziele richtiger beschreibt als der politisch farblosere Namen Humanwirtschaftspartei. Ich sage damit nichts über die Nutzung HUMANWIRTSCHAFT als Zeitungsnamen, besonders wenn man dafür viel Geld einsetzen kann, das nicht aus der Zeitung heraus verdient wurde, sondern aus Erbschaften stammt. Mit viel Geld kann man mit Sicherheit auch den Parteinamen HWP besser verkaufen. Aber derzeit ist mit den geringsten Mitteln auszukommen. Da ist es unklug auf einen Begriff zu verzichten, mit dem sich vor 9 und vor 4 Jahren 2/3 der Bürger Positives vorstellten. Wäre in den letzten Wochen des Wahlkampfes in Sachsen in 60.000 Flugblättern DRITTER WEG unters Volk gebracht worden, hätte das sicher ein paar mehr Stimmen gebracht, von den erzielten 0,12 in Richtung 0,15%. Lediglich im Wahlkreis Großenhain konnten zeitlich noch 4000 DRITTE WEG Texte verteilt werden. Die dort erzielten 0,9% kommen in erster Linie auf das persönliche Ansehen des Kandidaten, der auch bei der Direktkandidatur 1,4% brachte. Es ist der Kreis, in dem der DRITTE WEG etwas stärker bekannt ist.. Noch mehr wäre herausgekommen, wenn man 60.000 mal vermittelt hätte, was man eigentlich im Landtag will, **mit der Sachsenmark Sachsens Wirtschaft so aus der Krise holen, wie es in der Weltwirtschaftskrise I mit der WÄRA um Schwanenkirchen/Bayr. Wald und mit Arbeitswertscheinen, dem Freigeld um Wörgl, in Tirol gelang**. Und das war damals Fortsetzung der Politik Silvio Gesells als Volksbeauftragter für Finanzen der bayr. Räterepublik 1919. Gesell schuf die Voraussetzung für eine gerechte Finanzierung der Kriegslasten, für ein Erziehungsgehalt für die Mütter durch seine Geld- und Vermögensreform und die Bodenrentenabgabe als DRITTEN WEG zwischen Restaurierung des Vorkriegskapitalismus und gleichzeitig mit dem Freigeld die Konjunktur krisenfrei so zu stabilisieren, um die Demokratie zu festigen und die NSDAP und Hitler zu stoppen.

Wenn gesagt werden sollte, dass die Nazis ihre Politik als dritten Weg verstanden und dadurch der Begriff diskreditiert werde, so ist zu sagen, **dass ihre Politik nie aus dem Kapitalismus ausbrach. Das NS-System war vielmehr die Steigerung des Kapitalismus zu seinem totalitärstem Auswuchs wie der Stalinismus für den verstaatlichten sog. Sozialismus**. Hitlers Zinsgegnerschaft war reine Propaganda. Tatsächlich enteignete er lediglich jüdisches Kapital und warf es dem arischen Kapital in ganz Europa zur Ausbeutung samt den Menschen als Zwangsarbeiter vor. Ein Beispiel dieser Propaganda erlebte ich als Schüler der Wirtschaftsschule Riesa. Zu Hitlers Geburtstag hielt ein junger Assessor die Festrede und zog dabei die Angesprochenen und das Thema in einem Satz zusammen: „Parteigenossinnen und Parteigenossen, Plutokraten und Bolschewisten!“ Plutokratie war damals ein gängiger Begriff für Kapitalismus, der nur noch in Feierstunden und in diesem Falle von gerade von der Universität gekommenen jungen Ideologen angegriffen wurde, die nicht wußten, dass die NSDAP seit 1932 von den Plutokraten der Schwerindustrie finanziert wurde. Wer weiß, ob und wo das System den Begriff des dritten Weges verwendete, teile es mir bitte mit.

Noch zwei Hinweise: In seinem in der BRD erschienenen Roman „Schwarzenberg“ schrieb sich Stefan Heym seinen Frust über den Zwangsozialismus der DDR von der Seele und beschrieb den Versuch in dem von Sowjets und USA für einige Wochen vergessenen und nicht besetzten Kreis Schwarzenberg im Erzgebirge **das von ihm ersehnte DRITTE MODELL zwischen faschistischem Kapitalismus und stalinistischem „Sozialismus“ in Selbstverwaltung der dortigen Menschen aufzubauen**. Sowjetische Panzer beendeten das Modell einer politischen Selbstgestaltung.

**M.W. prägte Prof. Franz Oppenheimer den Begriff DRITTER WEG für seinen LIBERALSOZIALISMUS** 1919 in „Kapitalismus, Kommunismus, Wissenschaftlicher Sozialismus“, den er auf seine Bodenpolitik stützte. Sie wurde Grundlage der zionistischen Siedlungspolitik in Palästina, später in Israel, mit der mindestens auf dem Lande die Bodenspekulation ausgeschaltet wurde. 1893 vertrat er seine Bodenreform auf dem ersten Zionistenkongress in Basel und 1893 entwarf er die Statuten der Obstbau- und Vegetariersiedlung EDEN nördlich Berlin, mit gemeinschaftlichem Bodeneigentum; aber individuell-genossenschaftlicher Produktion und Verkauf-Einkauf. Silvio Gesell lebte zeitweise dort und beendete dort auch sein Leben. --- Ich habe eben im **letzten Buch von Günter Bartsch, dessen Erscheinen er noch 2006 erleben durfte, „Freiheit und Gerechtigkeit – Enzyklopädie des Liberalsozialismus“ nachgesehen**: Den letzten Abschnitt der neun Seiten, die er Oppenheimer unter dem Titel „Vom Raubstaat zur Freibürgerschaft“ widmet, überschreibt er mit „Der Dritte Weg“. Dort teilt er auch mit, dass „kein anderer“ Oppenheimer mit diesem Begriff voranging. **OPPENHEIMER machte den Begriff in einer Broschüre populär „Weder so noch so – der Dritte Weg“**. Die 1. Auflage erschien unter dem „seltsamen Pseudonym“ Knockerbocker. Doch Anfang 1933; da es **„buchstäblich um unser Aller Leben geht, das Manometer steht auf 99, gleich wird der Kessel platzen“ bekennt er sich zu seinem Dritten Weg**. Als Jude geht er vorübergehend nach Palästina. Doch ist die beiderseitige Anziehung zu den Führern der Arbeiterbewegung nicht so groß, dass er bleibt. Zurück in Deutschland hält er es noch aus bis 1938 die Synagogen und auch seine Bücher brennen. Im USA-Exil unterstützt er die Bodenreformer um den schon 1897 verstorbenen Henry George. 1943 beendet ein Lungenleiden seinen Einsatz für den DRITTEN WEG



## II. Gesells Freiwirtschaftslehre – der SOZIALISMUS in FREIHEIT.

Der SPIEGEL fragte 2005 auch „Der Sozialismus ist eine gute Idee, die bislang nur schlecht ausgeführt wurde.“ In den neuen Bundesländern stimmten 66% „eher zu“, in der Alt-BRD, deren Bürger keine Erfahrungen mit dem realen Sozialismus der DDR hatten, waren es 55%. Auch diejenigen, die den „schlecht ausgeführten Sozialismus“ der DDR mit seinen wirtschaftlichen Mängeln und politischen Beschränkungen 40 Jahre erduldeten, erkannten ihn zu 2/3 als „gute Idee“ an. Es ist anzunehmen, dass, **je schwerer die Krise wird, es leichter werden kann, die Menschen für einen Sozialismus zu gewinnen, der ihnen inhaltlich so dargestellt werden kann, dass er der „guten Idee“ ihrer Sozialismusvorstellung nahe kommt** – Und das ist mit der Freiwirtschaftslehre Silvio möglich, die 1919 der Schweizer Junglehrer Werner Zimmermann in einer Broschüre „Sozialismus in Freiheit“ nannte. Die Schrift veröffentlichte Rudolf Zitzmann nach seiner KZ-Haft nach dem Kriege neu. Sie fand noch den Weg in die Buchläden der Sowjetischen Besatzungszone. **Für viele in West und Ost war es der erste Zugang oder der Wiedereinstieg in die Lehren Gesells.** Nur Schnee von gestern, wenn heute gefragt wird, ob mit diesem Begriff nicht nur als Haupttitel die Bewegung um Gesell nicht besser vorangekommen wäre? Immerhin sagt die Aussage von 2005: Es gibt eine hohe Zustimmung der Bürger in West und Ost zu einem ideal gedachten Sozialismus. Auch das TV-Team erkannte im schlecht ausgeführten DREI-WEGE Plakat am liberalsozialen Stand beim GRÜNEN Parteitag 1992 das Wesentliche und begann den Bericht mit diesem hier gekürzten Bild

Das Reich der Freiheit und Gerechtigkeit erstrebte Karl Marx schon in seinen Frühschriften. Auch Gesells Hauptziele waren Freiheit und soziale Gerechtigkeit.. Diese Zeitschrift stellt sie und sich im Impressum dar als „**Zeitschrift für Liberalsoziale Ordnung –LSO**“: Sie „**vertritt die Freiheitsziele des Liberalismus und Anarchismus und die Gerechtigkeitsziele der Weltreligionen, des Humanismus und Sozialismus.**“ Suchen wir nach einer Definition für eine diesen Zielen entsprechende Ordnung, so ist es der Begriff **Sozialismus in der Form, die der Soziologe Franz Oppenheimer aus seinem Gegenteil, dem Kapitalismus, ableitete.** Im ersten Kapitel von „Kapitalismus, Kommunismus, Wissenschaftlicher Sozialismus“ (1919, Walter de Gruyter & Co.) begründet er den Zins- oder Profitzwang im Kapitalismus aus dessen „vitaler Notwendigkeit“: Auf einer höheren Entwicklungsstufe geht das nur noch mit Kampf um die Weltmärkte, notfalls mit Krieg um sie, denn sind die „Binnenmärkte gesättigt“, **m u s s der „Überschuss der nationalen kapitalistischen Produktion auf den Weltmarkt abgeschoben werden. Andernfalls würde der Inlandpreis durch Überangebot in den Abgrund fallen, der M e h r w e r t verschwinden“.** Die Produktion von Mehrwert ist und da stimmen beide Verfechter des Sozialismus, Marx und Oppenheimer und schließlich Gesell überein, der **eigentliche Zweck des Kapitalismus.** Und „zuletzt hetzen sie und ihre Hetzhunde (Er meint die von den Kapitalisten abhängige Presse, d. Verf.) ihre Völker in den offenen Krieg um die Märkte, und bilden sich und die Ge- und Verführten ganz ehrlich ein, sie kämpften für ... höchste Güter der Kultur und Menschheit. Der Kapitalismus ist der einzige wirklich Schuldige dieses Weltkrieges, und zwar in allen Ländern gleichmäßig.“

Oppenheimer folgert daraus: Soll nicht eine noch verheerendere Sintflut ausbrechen, so muss jeder Mensch „diese Ordnung der Unordnung verwerfen, d. h. er muss Sozialist sein oder werden.“ Und jetzt definiert er: „Der Sozialismus ist eine wirkliche „Ordnung“ der Gesellschaft, die in den beiden entscheidenden Punkten das Gegenteil des Kapitalismus ist: **er ist nicht Klassenstaat und ist nicht Mehrwertpresse!** Er ist nach meiner Definition der <Glauben an und das Streben auf eine von allem Mehrwert, d.h. allem arbeitslosen Einkommen erlöste, darum klassenlose und darum brüderlich geeinte Gesellschaft der Freien und Gleichen> Er fügt hinzu: „Das ist das Ziel der Menschheit“:

Auf welchem Wege es erreicht wird, sei gleichgültig. Hauptsache es wird erreicht. Dass Oppenheimer dabei Gewalt ausschließt, ergibt sich aus seinem Kampf gegen den Krieg. Das Ziel wird aber nur mit den richtigen Mitteln erreicht. Und darüber gibt Oppenheimer dem Mann das Wort, **mit dem er „über den Weg zum Ziel am härtesten zu streiten hat, Karl Kautsky.** Dieser Disput wiederum berührt stark das Verhältnis der Freiwirtschaft zum Marxismus-Sozialismus. Kautsky war damals der wichtigste Interpret des marxistischen Sozialismus. Dabei zitiert Oppenheimer nicht wörtlich „und zwar, weil sein Begriff des Sozialismus ein anderer ist, als der soeben von uns definierte. Er bedeutet ihm nicht das Ziel, sondern den Weg zum Ziel. Der Sinn der Sätze wird durch die Änderung nicht berührt.“ Überall wo Kautsky Sozialismus schreibt, setzt Oppenheimer Kollektivismus. Kautsky in der veränderten Version, Original in „Diktatur des Proletariats“:

„Genau genommen ist nicht der Kollektivismus unser Endziel, sondern dieses besteht in der Aufhebung jeder Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, Partei, ein Geschlecht, eine Rasse ... Die kollektivistische Produktionsweise setzen wir uns in diesem Kampf deshalb als Ziel, weil sie bei den heute gegebenen

technischen und ökonomischen Bedingungen als das einzige Mittel erscheint, unser Ziel zu erreichen. Würde uns nachgewiesen, dass wir darin irren, dass etwa die Befreiung des Proletariats und der Menschheit überhaupt auf der Grundlage des Privateigentums an Produktionsmitteln allein oder am zweckmäßigsten zu erreichen sei ... **dann müssten wir den Kollektivismus über Bord werfen, ohne unser Endziel im geringsten aufzugeben. Ja, wir müssten es tun, gerade im Interesse dieses Endziels**“.

Oppenheimer ergänzt: „Klarer kann man nicht zwischen Ziel und Mittel unterscheiden, kann nicht ausgesprochen werden, dass das Mittel nur im Hinblick auf das Ziel überhaupt von Bedeutung ist. Das Ziel ist bezeichnet, ein Hochziel der Menschheit. ... Wo führt der Weg zu diesem Ziel?“

Für die Anhänger der Gesellschen Freiwirtschaftslehre ergibt sich aus Oppenheimers Definition des Sozialismus eindeutig, dass sie selbst Sozialismus ist. Sie setzt mit dem Mittel des Umlaufgeldes das bisherige kapitalistische, **nämlich hortbare Geld als Mehrwertpresse außer Kraft**. Indem Geld infolge des jetzt dem Geld eingebauten Angebotszwanges auch dann noch investiert werden muss, **wenn dadurch ein „Überangebot“ von Kapital den Zins, den Mehrwert „verschwinden“ lässt, erlöst es die Gesellschaft von „allem arbeitslosen Einkommen“ und löst damit die Klassen der Ausbeuter und Ausgebeuteten in einer „klassenlosen und darum brüderlich geeinten Gesellschaft der Freien und Gleichen“ auf**.

Ergänzt wird dies durch die von Gesell empfohlenen Änderungen des Bodenrechts. Durch die Erhebung der bisher den Bodeneignern zufließenden Grundrente/Bodenzins als für sie arbeitsloses Einkommen **wird die Gesellschaft auch von dieser zweiten, dabei historisch älteren Ausbeutungs- und Herrschaftsform befreit**. Der Zinsmehrwert des bisherigen Geldkapitals geht jetzt über Lohnerhöhungen bzw. Sinken des Zinsanteils in den Preisen der Waren und Steuern in den vollen Arbeitsertrag über, womit das alte Ziel der Sozialisten erreicht wird: **Aller Arbeitsertrag den Arbeitenden, nichts dem Kapital**. Der für die Gesellschaft erhobene Bodenzins soll lt. Silvio Gesell den Erziehenden, in der Regel werden das auch künftig die Mütter sein, als Erziehungsgehalt ausgezahlt werden und sie ökonomisch von ihrer besonderen Ausbeutung im Bodenkapitalismus befreien. Auch der bis jetzt den Bodeneigentümern zufließende Teil des arbeitslosen Einkommens wird aufgelöst und direkt denen zugeführt, die die bisher nicht entgeltete Erziehungsarbeit leisten: Aus dieser entsteht erst **durch jedes neue Kind die Bodenknappheit einer Region. Diese können die Bodeneigner bei Vermietung und Verpachtung von Wohnungen und Boden, ebenso beim Bodenverkauf als Monopolgewinn von Mietern, Pächtern und Käufern des eigentlich von der Natur allen Menschen zur Verfügung gestellten Bodens auf Grund des Privatrechts am Boden erzwingen**. (Wörtlich heißt Privatrecht Raubrecht. Es kommt von private = rauben.) **Die Freiwirtschaftslehre erfüllt alle Bedingungen der Oppenheimerschen Definition für eine sozialistische Gesellschaft**.

Nicht minder bedeutend ist die von Gesell-Anhängern kaum beachtete Äußerung von Karl Kautsky. Selbst der sozialdemokratische Wortführer der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, also der „sozialistischen“ Produktionsweise, die Oppenheimer „kollektivistische“ Produktionsweise nennt, um den Unterschied zwischen Mittel und dem Weg zum Ziel und dem Ziel des SOZIALISMUS schärfer darzustellen, zeigt, dass Kautsky Zweifel an der zum Ziel führenden Wirkung der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, also der sozialistischen Produktionsweise, hatte. **Wenig später stellte sich das real in der Sowjet-Union heraus, als die Verstaatlichung der Wirtschaft – bei Beibehaltung des kapitalistischen, also hortbaren Geldes - lediglich zur Verstaatlichung des Kapitalismus und nicht zum Sozialismus, dem Reich der Freiheit und Gerechtigkeit führte**. Auch macht dies deutlich, **dass im SOZIALISMUS in FREIHEIT die Mittel zum Ziel und das Ziel identisch sozialistisch sind, also mit den vorgeschlagenen Mitteln das Ziel erreicht werden kann**. Das ist theoretisch aus den vorstehenden Überlegungen abzuleiten. Außerdem wurde es von bisher durchgeführten praktischen Versuchen bestätigt. Das gilt für die Langzeit-Realität der Hanse und Gotik, die mit dem Umlaufgeld der mittelalterlichen Brakteaten auf- und unterging. Und das gilt für die Überwindung der Weltwirtschaftskrise I von 1929 – 1933 um Schwanenkirchen/Bayern und um Wörgl in Tirol.

Es gibt inhaltlich keinen Grund für die Anhänger Gesells sich pauschal als Sozialismusgegner darzustellen. Das macht bes. die HWP, die den Begriff nicht analysiert, sondern auch in den in Sachsen eingesetzten Flugblättern gegen einen Sozialismus zu Felde zieht, der keiner war. Die Umfrage zum Begriff eines idealen Sozialismus zeigt, **dass sich die HWP damit weit von den Vorstellungen einer großen Mehrheit vor allen in den neuen Bundesländern, auch in Sachsen, entfernte**. Das Ergebnis von nur 0,12% ist auch darauf zurück zu führen. Mindestens einen langjährigen Unterstützer von A3W und ALTERNATIVEN verlor sie mit einem zum 1. Mai 2009 in Dresden verteilten Flugblatt als Wähler! In ihm hieß es u. a. „Unser erklärtes Ziel ist es, die HUMANWIRTSCHAFT anstelle des Kapitalismus/Sozialismus“ und wenn Sie „weitere sozialistische Experimente vermeiden wollen, unterstützen Sie uns“. Ein Fortsetzung des Bündnisses zur nächsten Wahl in Sachsen mit A3W hängt auch davon ab, dass die HWP dort erkennt, **eine Politik, gegründet auf den politischen Mittelkatalog Gesells, Oppenheimers, Irving Fishers, John Maynard Keynes u. a. führt zum eigentlichen Sozialismus in Freiheit, zum LIBERALSOZIALISMUS**.

**Das gilt auch für andere Bundesländer, z.B. Niedersachsen, wo Freunde aus HWP, auch dort Ausgetretene und Nichteingetretene, und A3W derzeit diskutieren, ob und unter welchen Bedingungen sie den Freunden in Sachsen nacheifern wollen. A3W würde das unterstützen, ohne nachzulassen die LSO-Liberalsoziale Ordnung auch gegenüber anderen Parteien, vor allem der LINKEN, SPD und den GRÜNEN zu vertreten**.

# 2241 Sachsen wählten die HUMANWIRTSCHAFTSPARTEI!

Die **HUMANWIRTSCHAFTSPARTEI** Sachsen bedankt sich bei all ihren Wählern für das entgegengebrachte Vertrauen. Wir konnten, trotz unserer geringen medialen Präsenz und der äußerst geringen finanziellen und personellen Möglichkeiten, 0,12% der Wähler in Sachsen von unseren Konzepten überzeugen (2241 Stimmen). Unser Großenhainer Direktkandidat Carsten Heine konnte 227 Direkt-Stimmen in seinem Wahlkreis holen. Das ist ein Anfang. Es wurden insgesamt 60000 Flugblätter verteilt, Infostände gemacht, je ein Wahlwerbespot für Fernsehen und Radio gesendet, ein Interview von Steffen Kleber im Fernsehen und eins fürs Radio von Carsten Heine bestritten und einige wenige, kleinere Anzeigen geschaltet. Alle sind aufgefordert, durch ihre aktive Mitarbeit mitzuhelfen, unser herrschendes Geldsystem als zutiefst menschen- und naturverachtend zu entlarven. Wir haben gesehen, dass unsere Aktivitäten nicht



ohne Erfolg sind. Dort wo unsere Mitglieder und Sympathisanten geholfen haben, die Leute überhaupt erst einmal von unserer Existenz zu unterrichten, haben wir deutlich mehr Stimmen geholt als in Gebieten, wo niemand von uns aktiv sein konnte. Dass die Wähler den Altparteien immer weniger vertrauen erkennt man in der geringen Wahlbeteiligung von 52,2% (7,4% unter der von 2004). Ein weiterer Beweis ist der stärker werdende Stimmenanteil sonstiger Parteien mit 6,8%. Offensichtlich wird die Anzahl kritischer Menschen in Sachsen immer größer. Ein Staats-Schuldenberg von derzeit 1730 Milliarden lässt keine Zeit mehr, die Schulden-Thematik weiter mit unnützen Methoden zu bekämpfen. "Krampf"-Sparen und die Hoffnung auf eine wachsende Wirtschaft sind die letzten "Rezepte" der Koalitionäre. Dieses Prinzip "Hoffnung" wird dem deutschen Steuerzahler auch das letzte Hemd noch vom Leibe reißen.



Für den Abend des 30. August 2009 durften wir fünf Vertreter unserer Partei in den Landtag entsenden, um live die Auszählung der Stimmen zu verfolgen (unten rechts: v.l.n.r. Steffen Kleber, P. Zimmermann, Dr. Manfred Wähler, Claudia Zimmermann und Carsten Heine). Bald schon wurden wir darauf hingewiesen, dass Partei-Kleidung im Landtag nicht zulässig sei, da der Landtag ein neutraler Ort wäre. Als dann die Vertreter der Piratenpartei kamen und ihre Fahne schwenkten, mussten auch wir die grünen Landtags-T-Shirts anziehen. So war den

Medienvertretern die letzte Chance verbaut, auf uns aufmerksam zu werden, die im Übrigen sowieso nur damit beschäftigt waren die „Gewinner“ der Etablierten vor die Mikros zu kriegen. Der prozentuale Anteil der sonstigen Parteien (6,8%) ließ in uns ein klein wenig Hoffnung aufkeimen, etwas mehr Stimmen zu bekommen. Das war ein Trugschluss. Wir blieben am unteren Ende der Erwartungen, waren aber immerhin nicht die Partei mit dem schlechtesten Ergebnis. Die Kleinpartei mit dem besten Ergebnis war die



Tierschutzpartei mit 2,6%. Die Piraten kamen auf 1,9%. Von nun an regiert für die nächsten fünf Jahre eine schwarz-gelbe Regierung in Sachsen (CDU 40,2%, Linke 20,6%, SPD 10,4%, FDP 10%, NPD 5,6%, Grüne 6,4%). Mit insgesamt 16 zur Wahl stehenden Parteien war die vordergründige Auswahl dieses Mal sehr groß. Eine „echte“ Wahl im Sinne einer Alternative hatten die Menschen aber eigentlich nur mit der **HUMANWIRTSCHAFTSPARTEI**.



# Rückblick auf die LANDTAGSWAHL Sachsen und den Bundesparteitag der HWP aus A3W-Sicht.

**LeserInnen, die schon einige Jahre dabei sind, werden sich entsinnen, weshalb wir SACHSEN für geeignet zur Schwerpunktbildung für die NWO-Bewegung hielten.** Für mich persönlich kommt hinzu, dass es mein Heimatland ist, das ich nicht freiwillig, sondern in den ersten Tagen 1949 unter zunehmendem Druck der sowjetischen Besatzungsmacht noch rechtzeitig verlassen konnte. Aber was spricht allgemein für Sachsen: Es gab dort noch NWO-Anhänger, die Faschismus und DDR überlebten. Und es gab, auch mit ihrer Hilfe, sofort nach dem Mauerfall erste Vorträge aus dem Westen, so dass sich vor allem im Großraum Dresden NWO-Interessenten sammelten. Meine ersten Diskussionen mit dem NEUEN FORUM waren um 1993-94. So wurde Sachsen zum Bundesland der vermutlich „größten“ NWO-Dichte von ca. 200 Personen, die sich um den DRITTEN WEG der FSU, um ALTERNATIVEN von A3W, FAIRCONOMY der INWO und um den CGW- Rundbrief sammelten und zwar in Relation zur Fläche und Bevölkerungszahl des Landes, **so dass bei Wahlen mit wenig Aktiven und wenig Geld ein höherer Prozentsatz zu erreichen ist, als selbst im absoluten Zahlen NWO-stärksten Land wie Nord-Rhein Westfalen.**

2007 bildete sich das Bündnis DRITTER WEG für HUMANWIRTSCHAFT aus ehem. FSU, jetzt HWP HUMAN-WIRTSCHAFTSPARTEI Sachsen und A3W-ALTERNATIVE DRITTER WEG: Beide hatten je ca. 10 Mitglieder im Land, dazu die jeweiligen Leser der Zeitungen, zusammen ca. 100. Im Wahljahr 2009 konnte die HWP ca. 80% der Aktiven und A3W ca. 80% der Finanzmittel für die Wahl stellen. Einige A3W-Mitglieder sind bei den GRÜNEN einige aus Gesundheitsgründen nicht mehr sehr aktiv. Beide Gruppen standen in einem Gleichgewicht der Kräfte und gestalteten die Wahlvorbereitungen und 2008 die Kandidatur von Carsten Heine zum Oberbürgermeister von Großenhain und die dortige Stadtratswahl am Tage der Europawahl am 7. 6. 2009 mit gemeinsam entworfenen Texten und Adressen beider Partner. Auch die Unterschriftensammlungen, zur Europawahl scheiterte sie an der Schwäche der Bundespartei HWP, wurden gemeinsam geführt, meinerseits mit viel Organisationsarbeit vom Schreibtisch aus. Der Anteil von A3W lag bei der Europawahl bei ca. 500 von 2500 erreichten Unterschriften – 4000 waren nötig. Das Landesprogramm Sachsen wurde gemeinsam erarbeitet. A3W setzt sich nicht in allen Details durch, gestaltete aber den Schwerpunkt **SACHSENMARK MACHT SACHSEN STARK als Regionalwährung neben dem EURO.** Die HWP Sachsen setzte sich gegen starken Widerstand der Bundes-HWP damit durch.

Mit Beendigung der Arbeit am Landesprogramm war auch der **A3W-Entwurf** für ein Flugblatt **DRITTER WEG für HUMANWIRTSCHAFT zur gemeinsamen Endredaktion fertig.** Da präsentierte die HWP das bereits fix und fertig mit 60. 000 Stück gedruckte Flugblatt, das keine gemeinsamen Bezüge enthielt, auch nicht wie bisher üblich, die Adressen beider Gruppen, sondern ein reines Parteiblatt der HWP war. Das war drei Wochen vor der Wahl. Der Druck des A3W-Textes ließ sich zwar noch organisieren, aber nicht mehr die Verteilung über Verteildienste mit langen Vorlaufzeiten, damit sie noch in der Mitte der letzten Wahlwoche verteilt werden. So konnten nur noch 4000 DRITTE WEG Texte in Großenhain verteilt werden. **Das Ergebnis in der Stadt lag mit 0,9% ca. 8mal über dem Landesergebnis.** Das kommt wesentlich der Bekanntheit Carsten Heines zugute, was auch Erststimme mit 1,4% zeigt.

Landesvergleich der 60. 000 HWP-Texte ohne Bezug zum Bündnis und ohne Bezug zum eigenen Programm,

sondern mit einer Antiwirkung der Auseinandersetzung mit den anderen Parteien und 60. 000 in anderen Wahlkreisen verteilten DRITTE WEG – Texten war nicht mehr zu organisieren. Die Wirkung der 60. 000 in Leipziger, Chemnitzer und Dresdener Wahlkreisen **verteilten Texte war null: In keinem dieser Wahlkreise wurde das Ergebnis von 0,1% überschritten,** das in 43 von 60 Wahlkreisen erreicht wurde. In 3 Kreisen wurden unter 0,1% erreicht. Bei 3 Dresdener Wahlkreisen mit 0,2% ist zu klären, ob sie im Bereich der Stadtteile mit zentraler Verteilung liegen oder dort liegen, wo auch andere Werbung mit Infoständen oder eigener Verteilung gemacht wurde. Die anderen 0,2 und 0,3% Wahlkreise lassen sich ziemlich eindeutig auf bestimmte HWP oder A3W Aktivitäten zurückführen, einer sogar auf Stimmen aus dem grünen Bereich. Der stärkste Wahlkreis war Großenhain-Riesa 2 mit 0,4%, darunter Stadt Großenhain mit 0,9%. Einmal mit starker Bekanntheit eines Kandidaten und rel. Bekanntheit des DRITTEN WEGES.

Trotz dieser Erfahrungen in den letzten Wochen, die wohl eher auf eine Art Torschlusspanik zurückzuführen sind, **jetzt darf kein Tag mehr verloren gehen,** ist A3W bereit die Zusammenarbeit fortzuführen. Es sind aber bestimmte Regeln einzuhalten, die ein Abweichen vom Bündnisvertrag ausschließen. Mit der Diskussion des nächsten Landes und Bundesprogramms sollte jetzt begonnen werden, **damit ohne Zeitdruck möglichst viel Einigkeit erzielt wird.** Die Kombination beider Programme ist in Sachsen zwingend, weil nur ein kurzer Abstand zwischen beiden Wahlen besteht. Für A3W sind Schwerpunkte die **SACHSENMARK, erste Schritte zum GRUNDEINKOMMEN und eine VERMÖGENS REFORM;** wie sie Silvio Gesell 1919 als Finanzbeauftragter der Räterepublik Bayern zur gerechten Finanzierung der inneren und äußeren Staatsschuld einleiten wollte. Und die sollte mindestens die Größenordnung der LINKEN erreichen: 5% jährlich von allen privaten Vermögen über 1 Million Euro. Vermutlich werden die größten Schwierigkeiten beim jetzigen Bundesvorstand der HWP liegen, zumal ihr Bundesparteitag in Norddeutschland zu Austritten und Nichteintritten beim Reformflügel führten. Aber warten wird das ab und diskutieren wir über die Bundespolitik der HWP in der Frühjahrsnummer und konzentrieren wir uns inzwischen auf die Stärkung von A3W als stabilem Gerüst im politischen Teil der NWO-Bewegung. G.O.

# Programm der ALTERNATIVE DRITTER WEG - A 3 W BÜRGERINITIATIVE FÜR ARBEIT, GESUNDHEIT, UMWELT, FRIEDEN in einer ökosozialen Friedensordnung

## I. ARBEIT UND WIRTSCHAFT

1. Die für die Bedürfnisbefriedigung der Bürger nötige Arbeit ist gerecht auf alle zu verteilen.

2. Der dafür nötige Arbeitsumfang richtet sich künftig nach ökologischen, sozialen und friedenspolitischen Überlegungen. Heute zwingt die Jagd nach Kapitalvermehrung durch Zins und Zinseszins zum Produktionswachstum um jeden Preis, um den Preis der Umweltzerstörung, der Rüstung und der Friedensbedrohung.

3. Die Bundesbank, bzw. Zentralbank hat eine ökologische und soziale Gleichgewichtswirtschaft durch systematische Zinssenkungspolitik einzuleiten und den Geldkreislauf so abzusichern (Umlaufsicherung des Geldes), dass die Großgeldbesitzer auch noch bei einem Zins nahe Null investieren müssen. Der zinsbedingte Wachstums- und Rüstungszwang fällt dann weg. Ein stabiles Gleichgewicht ermöglicht die Umweltsanierung und Arbeit für alle. Die Sicherung des Geldkreislaufes macht erstmalig eine exakte Geldmengenpolitik möglich, so dass Inflation und Deflation dauerhaft erhafter auszuschließen sind.

4. Ein ökologisches und soziales Bodenrecht hat Raubbau und Spekulation mit dem Boden, von dem wir alle leben, durch steuerliche Abschöpfung des Bodenwertzuwachses (Bodenzins) bei privatem und genossenschaftlichem Eigentum und freier Bewirtschaftung zu unterbinden.

5. Regionale Bodenfonds erhalten ein Bodenvorkaufsrecht. Sie vergeben Böden nach ökologischen und sozialen Kriterien zur langfristigen Nutzung. Eingehende Pachten dienen dem Ankauf weiterer Flächen.

6. Der weggesteuerte Bodenzins dient in der ersten Zeit zur Umweltsanierung. Danach kann er entweder allen gleichmäßig in Form sinkender Steuern zugute kommen oder als Erziehungsbeitrag ausgezahlt werden. Nach vorsichtiger Berechnung reichte er 1985 aus, um für alle Heranwachsenden bis 18 Jahre ca. DM 800.- monatlich zu zahlen (heute ca. 1000 DM = 500 Euro). Übernehmen Mütter die Erziehungsarbeit, so sichert dieses Geld ihr finanzielles, damit gesellschaftliches, politisches Selbstbestimmungsrecht, hilft viele Probleme um Partnerschaft/Ehe (Abhängigkeit von einem männlichen „Versorger“ entfällt) und in der Frage von Schwangerschaftsabbrüchen zu lösen. Letztere würden dadurch stark gesenkt, während der §218 in all seinen „reformierten“ Formen - die Ursachen, die zu Schwangerschaftsabbrüchen zwingen, überhaupt nicht aufhebt. Insbesondere stärkt das die Stellung der Alleinerziehenden.

7. Ein ökosoziales Steuerrecht räumt mit dem Steuerwettbewerb und seinen Mauselöchern für Großverdiener auf. Nicht die Arbeit, sondern Umwelt- und Energieverbrauch sind zu besteuern. Das würde ein gewaltiger Hebel

sein, um Verbraucher und Produzenten über die Preise zu einer ökologischen, gesundheitlichen und friedlichen Produktions- und Verbrauchsweise zu veranlassen.

8. Diese Steuerpolitik und folgende Forderungen zur Gesundheits- und Umweltpolitik können gegen die großen Schadindustrien machtmäßig nur durchgesetzt werden, wenn das Sperrmonopol der großen Geld- und Bodenbesitzer durch ein umlaufgesichertes Geld und durch Wegsteuern des Bodenzinses gebrochen wird. Diese Maßnahmen öffnen den Weg für eine freie, soziale, ökologische und friedliche Zukunft der Menschheit ohne Privat- und Staatsmonopole, ohne Privat- und Staatskapitalismus und ohne ihre Entartungen Faschismus und Stalinismus.

## II. GESUNDHEIT UND UMWELT

1. Ein Umwelt- und Gesundheitsgesetz verbietet Produktion, Import und Export hochgiftiger Substanzen. Alle Produktionen und Produkte sind einer Umwelt- und Gesundheitsverträglichkeitsprüfung durch unabhängige Gutachter zu unterziehen und dann erst freizugeben, wenn von ihnen keine Gefahren für Gesundheit und Umwelt ausgehen.

2. Die Werbung für umwelt- und gesundheitsgefährdende Produkte, für Atomstrom und CO<sub>2</sub>-Energieträger ist sofort einzustellen, z. B. für Tabak, Alkohol, Zucker, Weißmehl. Umgekehrt ist eine großzügige Gesundheits- und Umweltaufklärung zu starten, bereits in Kindergärten und Schulen.

3. Die neue Steuerpolitik setzt Ziele der Gesundheits- und Umweltpolitik in Alltagsverhalten um. Beispiel: Die Kosten des zu erwartenden Lungenkrebses werden voll beim Hersteller von Tabakprodukten als Steuer erhoben. Die Raucher müssen also die echten Kostenpreise zahlen und können sie nicht mehr auf die Versicherungsgemeinschaft abwälzen. Oder sämtliche Kosten des Individualverkehrs vom Straßenbau bis zum Waldsterben, bis zum Produktionsausfall durch Unfallopfer werden voll als Steuer bei Autoherstellern und Tankstellen kassiert. Gleichzeitig sind die Tarife im öffentlichen Verkehr zu senken und im Nahverkehr aus Mitteln der Ökosteuer bis Null herunter zu subventionieren.

4. Nur auf gesunden Böden können gesunde Lebensmittel wachsen. Es ist ein umfassendes Programm für die Umstellung der Landwirtschaft auf Ökolandbau und für die Lebensmittelverarbeitung auf Vollwertkost umzusetzen. Zum Schutz gegen kriminelle Verwendung der Begriffe „ökologisch“, „biologisch“, „naturnah“ u. a. sind bundeseuropäische Normen zu entwickeln.

5. Die Erzeugung von Atomstrom ist zu stoppen, die Erzeugung alternativer und sich regenerierender Energien ist großzügig auszubauen. Wo noch Verbrennungsenergie genutzt wer-

den muss, ist schnellstens die Entgiftung zu verwirklichen. Durch ein umfassendes Energiesparprogramm sind alle Verbrennungsprozesse drastisch zu reduzieren. Nur so kann die drohende Klimakatastrophe (CO<sub>2</sub>-Belastung) gestoppt werden.

6. Tiere erhalten Rechtsstatus als Lebewesen. Heute gelten sie als Sachen. Tierversuche sind grundsätzlich zu verbieten. Die Tierhaltung ist an die Bodenfläche der Bauern zu koppeln. Massentierhaltung ist in einem neuen Tierschutzgesetz zu untersagen. Fleischproduktion ist mit den Kosten der Bekämpfung der durch sie in Höhe des Autoverkehrs bewirkten Klimakatastrophe wie Gesundheitsschädigungen zu belasten.

## III. STAAT, RECHT, VOLKERGEMEINSCHAFT

1. Das neue Geld- und Bodenrecht beendet die auch in Demokratien bestehenden dekapitaldiktatur über zinsniedrige Kredite weltweit. Jetzt erst wird echte Demokratie, Volksherrschaft im Sinne unseres Grundgesetzes möglich. Alle anderen politischen Entgegenstehenden Gesetze sind unverzüglich aufzuheben.

2. Das Recht, das weitgehend ein Recht der Reichen, ausbeutenden Schichten ist, ist als Volksrecht neu zu ordnen. Es darf keine Vorrechte mehr geben.

3. Nach Überwindung der Kapitalherrschaft ordnet sich das Leben der Gesellschaft neu: In der Wirtschaft wird sich nach Überwindung der Ausbeutung durch Geld- und Bodenzins das Gesetz der Brüderlichkeit durchsetzen. Im Staat und Rechtsleben gilt der Grundsatz der Gleichheit aller vor dem Gesetz und natürlich bei der politischen Mitwirkung im Staat.

4. Bildung und Kultur sind von Vorrechten des großen Geldes und des Staates zu befreien. Hier gilt der Grundsatz der Freiheit der Menschen.

5. Durch die Reform des Geld- und Bodenrechts entwickelt sich als neue Ordnung der Liberalsozialismus. In einem Land eingeführt wirkt er ansteckend auf andere Völker - es entwickeln sich Friedensregionen, die Arbeit für alle ohne Rüstung sichern. In diesen Friedensinseln finden die Bedrohten, Verfolgten, Vertriebenen, Verhungerten Zuflucht, bis die aktive Friedenspolitik aus den Friedensinseln zur sozialen, ökologischen und politischen Befriedigung weiterer Teile der Welt führt und die heutigen Weltflüchtlingsströme versiegen.

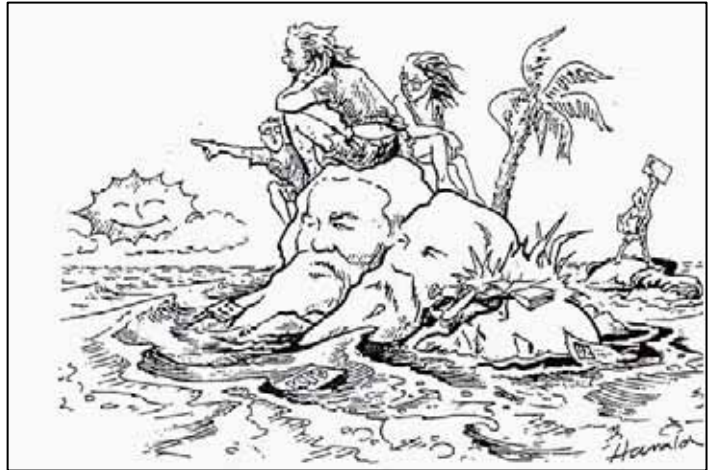
**ALTERNATIVE DRITTER WEG - A3W Bürgerinitiative für ARBEIT, GESUNDHEIT, UMWELT, FRIEDEN 31079 Eberholzen, Tel. 05065 - 8132 Mail: alternative-dritter-weg@t-online.de**

**Spendenkonto:** Sonderkonto Georg Otto, Eberholzen, BLZ 250 100 30, Postbank Hamm. Kontonummer: 25 00 42 - 303

Dieses ist das Grundlagenprogramm von A3W. Auf dieser Grundlage wurde 2005 ein Wirtschaftsprogramm zur Bundestagswahl ausgearbeitet. Das Programm wird auf dieser Grundlage ständig weiterentwickelt. So fehlen Aussagen zur GEN-Technologie, zur Bildungspolitik u.a.. Der Abschnitt III Staat, Recht- und Volkergemeinschaft ist zu vervollständigen. Mitglieder und Interessenten sind zur Mitarbeit aufgerufen. Auf dieser Grundlage erfolgt der Beitritt zu A3W. Dieser kann formlos erfolgen. Beiträge setzt jede/r selbst fest - beitragsfreie Mitgliedschaft ist möglich. **Jedes Mitglied erhält die Zeitschrift DRITTER WEG -ALTERNATIVEN in der die Politik von A3W in Grundsätzen und Strategie erläutert wird.**

# 20 Jahre nach der Rückkehr der DDR in den Schoß des Kapitalismus wieder eine Chance für einen DRITTEN WEG ?

Unmittelbar in der Zeit der von den DDR-Bürgern ertrotzten Wende begannen Aktivitäten aus der liberalsozialen DRITTE WEG – Bewegung in Richtung DDR. Tristan Abromeit, Dirk Löhr, Georg Otto u. a. griffen zur Feder oder führten Diskussionen in der DDR. Bereits im Januar 1990 eröffnete die Zeitschrift für Selbstverwaltung „Contraste“ die Diskussion mit einem Aufsatz von Helmut Creutz, der von seiner Bedeutung für die Zukunft, jetzt Gesamteutschlands, nichts eingebüßt hat. Es ist die Aufgabe der Bürgerinitiative A 3 W – ALTERNATIVE DRITTE WEG - in den nächsten Jahren Voraussetzungen für die Realisierung der damals formulierten Wege und Ziele zu schaffen und dafür eine breite Bürgerbewegung zu entwickeln.



## QUO VADIS DDR UND

**BUNDESREPUBLIK ?** Unter diesem Titel fragte Helmut Creutz „Gibt es einen dritten Weg zwischen Markt und Plan, zwischen Kapitalismus und Sozialismus?“ Er führte dazu aus:

Im Ost block über schlagen sich die Ereignisse. Die Verantwortlichen von gestern verschwinden oder werden als Sündenböcke vorgeführt. Dieses Ablösungskarussell verdrängt, dass die Miseren dort weniger auf personelle als strukturelle Ursachen zurückzuführen sind. So wie im Westen die Diskrepanzen zwischen arm und reich und die Überschuldungen unabhängig von einem Austausch der Regierungen weiter wachsen, so im Osten die Versorgungsmängel und der Zusammenbruch der Wirtschaft.

Wenn eine Maschine einen Konstruktionsfehler hat, bringt ein Auswechseln des Maschinisten wenig. Selbst Michael Gorbatschow gerät darum in zunehmende Schwierigkeiten. Beobachter vor Ort befürchten, dass er den Winter nicht überstehen könnte. **Wo aber liegen die Konstruktionsfehler in den Systemen?** Sie sind zu beheben, wenn die Problementwicklungen und grenzüberschreitende Spannungen abgebaut werden sollen. - Hier ist es zweckmäßig, erst einmal die Begriffe zu klären.

**Die Systembegriffe:** Die westlichen Systeme können mit Marktwirtschaft und Kapitalismus umrissen werden, die östlichen mit Planwirtschaft und Sozialismus. Dabei werden in beiden Lagern die Begriffspaare als Einheit angesehen und die Einzelbegriffe miteinander verwechselt. Kaum jemand kann sich vorstellen, was ein vom Plan befreiter Sozialismus sein könnte oder eine vom Kapitalismus befreite Marktwirtschaft. Gerade diese Trennung der Begriffe und ihre Analyse ist nötig, wenn wir zu konstruktiven Alternativen kommen wollen.

## Eine Marktwirtschaft wird von Angebot und Nachfrage bestimmt.

Ohne kapitalistische wie planwirtschaftliche Verfälschungen führt jeder Tau schvorgang zu einem beiderseitigen Nutzen. „Gegenseitigkeit“, so stellte sich schon Pro udhon vor rund 150 Jahren fest, „ist die Formel der Gerechtigkeit“. Ein freier Markt bringt sich immer wieder ins Gleichgewicht. Ein Gütermangel führt aufgrund des Wettbewerbs zu erhöhten Angeboten, die

sich mit der einsetzenden Sättigung selbsttätig abbremst. Ein freier Markt sorgt dafür, dass keine Bäume in den Himmel wachsen, auch nicht die Gewinne, die sich selbst herunterkonkurrieren. (Anm. der R. ed.: H. Creutz spricht hier von einer vom Kapitalismus befreiten Marktwirtschaft, nicht von der heutigen kapitalistischen „Rest-Marktwirtschaft“.)

## Die Planwirtschaft ist ein unnatürlicher Eingriff in das Marktgeschehen,

setzt die Selbststeuerung des Marktes außer Kraft und entmündigt die Menschen als Produzenten wie Verbraucher. Folgen der gestörten Steuerung sind Produktionen am Bedarf vorbei, Gütermangel, Warteschlangen und Wartezeiten. Weitere Folge: Schwarze Märkte und Sonderverteilungsstellen. Die Plan- und Zuteilungswirtschaft erfordert immer größere Bürokratien mit bevorzugten Funktionärseliten, die immer

mehr Reibungs- und Verteilungsverluste produzieren. Alles zusammen führt zu Desinteresse an der Leistung und zu minderer Qualität. Die Menschen verlieren das Gefühl für die Wertigkeit der Dinge und gehen sorgloser mit allem um, was allen und da mit niemandem gehört. Sie verfüttern – um ein Beispiel für viele im DDR-Alltag zu nennen – subventioniertes Brot an Tiere, weil es billiger ist als Futtermittel.

## Im Kapitalismus entscheidet letztlich die Rentabilität des eingesetzten Kapitals und

**dann erst der Bedarf über die Produktion.** Das heißt, zu einer Investition kommt es nur, wenn diese mindestens den Zins abwirft, den man ohne jede (eigene) Leistung für Bankeinlagen erhält. Bei einem Zins von 5% werden dann alle Produktionsanlagen, Gebäude, Vorräte und der Bodenwert alle 20 Jahre erneut aus den Taschen der Arbeitenden für die Besitzenden aufgebracht. Und zwar zusätzlich zu den Abschreibungen, mit denen die Abnutzung des Sachkapitals ausgeglichen wird. Da diese aber doppelt so rasch zunehmen wie die Wirtschaftsleistung, die Geldkapitalien sogar dreimal so rasch, nimmt auch die Umverteilung der Einkommen von den Werteschaffenden zu den Besitzenden über den Zinseszins laufend zu.

## **Sozialismus kann vielleicht am zutreffendsten mit Gerechtigkeit und Brüderlichkeit**

**umschrieben werden**, mit Überwindung von Privilegien, Mitverantwortung für die Gemeinschaft und den Nächsten, vor allem für jene, die unverschuldet in Not geraten. Staatlich organisiert und mit fest geschriebenen Ansprüchen gekoppelt, führt er jedoch leicht zu Missbrauch und zum Versuch, das soziale Netz als Hängematte auszunutzen und damit andere zu belasten. Die Wirklichkeit in Ost und West bietet genug Beispiel.

Die Begriffsverbindung „Soziale Marktwirtschaft“ im Westen ist im Grunde ein weißer Schimmel, da eine noch zu schaffende, wirklich freie Marktwirtschaft auf Gerechtigkeit basiert. Das vorhergehende Verb „sozial“ umschreibt heute lediglich den Versuch, die negativen Folgen des

Kapitalismuseffekts durch staatlich organisierte Einkommensrückverteilungen wenigstens teilweise auszugleichen. Aufgrund des Überwachstums jener Umverteilung von der Arbeit zum Besitz sind staatliche „Reparaturen“ jedoch auf Dauer immer weniger möglich.

## **Welche anderen Gesellschaftsformen wären denkbar oder wünschenswert?**

Wie die Analyse gezeigt hat, sind die Begriffspaarungen in beiden Lagern widersprüchlich. Dem Stichwort „Gerechtigkeit“ für Sozialismus steht im Osten „Unfreiheit“ für Planwirtschaft gegenüber. Im Westen wie derum steht Marktwirtschaft für Freiheit und Gerechtigkeit, Kapitalismus für Ungerechtigkeit und Ausbeutung.

Eine andere Paarung der Begriffe, z.B. Zusammenfassung von Kapitalismus und Sozialismus, käme einer Vereinigung von Feuer und Wasser gleich. Nichts anderes wäre es mit Kombination von Plan und Markt. Auch ein inbisschen

Kapitalismus in einer sich sozialistisch nennenden Gesellschaft kann nicht gut gehen. Sowohl die Planwirtschaft wie der Kapitalismus tendieren zu ständiger Ausweitung und damit zur Überwucherung alles anderen.

Auch eine Mischung von Kapitalismus und Planwirtschaft ist kaum vorstellbar, weil hier zwei zur Selbsterstörung neigende Kräfte zusammen kommen. Fasst man dagegen Marktwirtschaft und soziale Sicherung zusammen, könnte sich – befreit von Plan und Kapitalismus – eine konstruktive Basis für ein Leben und Wirtschaften in Freiheit und Gerechtigkeit ergeben.

## **Die konkrete Situation in der DDR ist gekennzeichnet von einer alles beherrschenden Planwirtschaft mit geringen Resten von Markt. Sozialismus wurde vor allem als Verstaatlichung des Bodens und der Produktionsmittel verstanden, außerdem als Garantie des Arbeitsplatzes und der Subventionierung aller Grundbedürfnisse.**

Das damit verbundene Desinteresse an der Leistung konnte anfangs durch anspornende Parolen und Verleihung von Orden aufgehalten werden. Da aber auch ein sozialistisch nennendes Land nur verteilen kann, was geschaffen wurde, war die Mangelwirtschaft vorprogrammiert.

Angesichts der Verstaatlichungen und der geringen Geldvermögen spielt der Kapitalismuseffekt in der DDR nur eine geringe Rolle. Trotzdem werden auch hier die Einnahmen der Bürger bei den Banken verzinzt. Ohne Zinsen würden die Bürger – wie bei uns – GELD ZURÜCKHALTEN, der Geldkreislauf und damit die Wirtschaft (trotz Planwirtschaft)

würde zusammenbrechen. Diese Zinsen aber, die vor allem den Gutverdienenden zugute kommen, müssen auch in der DDR aus den Löhnen der Arbeitenden abgezweigt werden, es sei denn, der Staat finanziert sie mit neu gedruckten Scheinen.

Gravierender als dieser „Innekapitalismus“ wirkt er sich derjenige aus, der mit Auslandsschulden importiert wurde. Das sind ca. 20 Mrd. Dollar, rund 36 Mrd. DM, pro der 8 Mill. Erwerbstätigen DM 4500. Bei 6% Zins ergibt das für jede/n 270 DM im Jahr/22 im Monat, die jedem Werktätigen verloren gehen. In Ostmark umgerechnet wird deutlich wie stark die DDR-Bürger den Westkapitalismus stützen.

## **Die konkrete Situation in der BRD ist durch einen weitgehend noch intakten Markt gekennzeichnet, der jedoch durch wachsende Firmen- und Kapitalkonzentration gefährdet ist. Außerdem wird der Markt durch staatliche Einmischung und Preise vor allem im Agrar- und Wohnbereich belastet.**

Die gefährlichste Belastung jedoch geht vom Überwachstum der Geldvermögen und Schulden aus mit einer zunehmenden Umverteilung der Einkommen von der Arbeit zum Besitz. Teile der damit verbundenen Probleme wie Arbeitslosigkeit und

Verarmung, haben wir, wie alle übrigen Export- und Gläubigerationen bislang in andere Länder „exportiert“, in den Süden und in den Osten. Mit den jetzt wieder steigenden Zinslasten nehmen die Verteilungsprobleme wieder zu.

## **Was müsste/könnte in der DDR geschehen?**

Geht man von den positiven Teilen der Begriffsanalyse aus, so gilt es in der DDR die Planwirtschaft abzubauen ohne den Kapitalismus einzuführen. Dazu sind die Ausgangsbedingungen günstig, da in der DDR Boden und Produktionsmittel staatlich sind. Während der Boden, als unvermehrbares Lebensgrundlage, nicht in privates Eigentum zurückgeführt werden darf, ist es bei den Produktionsmitteln erforderlich. Hier sollte man beim Handel, Handwerk und Gewerbe beginnen. Bei Großbetrieben könnten verschiedene

Modelle in Wettbewerb zueinander treten. Ein ganz wichtiger Reformbereich ist der Wohnungssektor. Hier könnte man den Mietern ihre Wohnungen zum Kauf anbieten, auch mit Abschlagszahlungen. Die aus dem Verkauf fließenden Gelder könnten zur Stadtansanierung eingesetzt werden, falls es sich als nötig erweisen sollte, kann ein Teil vorübergehend stillgelegt werden, um einen eventuellen Geldüberhang inflationsneutral zu halten. Beim Boden, der nicht verkauft werden darf, ist jedoch die Nutzung in langfristigen Pachtverträgen zu privatisieren.

Noch wichtiger ist die Reform der Geldordnung durch Sicherung des Geldumlaufs. Aber anders als durch die unsoziale Sicherung des Geldumlaufs im Westen durch Zins und Inflation. Die Umlaufsicherung bringt die ausgegebene Geldmenge mit der kaufenden Geldmenge zur Deckung und stabilisiert so Kaufkraft, Konjunktur und Vollbeschäftigung.

## **Welcher Beitrag könnte vom Westen geleistet werden?**

Wir müssten bei der Einführung der Marktwirtschaft in der DDR helfen ohne den Kapitalismus dorthin zu exportieren. Das kann nur durch zinslose Kredite; besser durch Hilfen ohne Rückzahlung geschehen. Das geht auch ohne Belastung der Steuerzahler bei uns, wenn BRD und DDR jährlich 10 oder mehr Prozent Rüstungsausgaben einsparen und unsere Einsparung in die DDR geht. Diese kann damit Nachfrage bei uns nach Zivilgütern halten. Ihre eigenen Einsparungen könnte die DDR zur Modernisierung der Industrie nutzen. Ein solcher Rüstungsabbau würde bei unseren Nachbarn Befürchtungen

abbauen, die mit einem Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten verbunden sind.

Eine noch größere Hilfe wäre es, wenn wir die negativen Kapitalismuseffekte bei uns abbauen würden. Das wäre durch marktgerechtes Absinken der Geldzinssätze möglich, was mit einer Änderung der Geldumlauftechnik zu erreichen wäre. Eine solche friedliche Revolution – hin zu Freiheit und Gerechtigkeit in beiden Teilen Deutschlands wäre unser Beitrag zum Abbau der Spannungen zwischen West und Ost – und auch zwischen Nord und Süd. Die historische Chance dazu ist einmalig.

## 20 Jahre später: Dritter Weg für Gesamtdeutschland – heute noch in ?

Soweit der Text von Helmut Creutz vom Januar 1990. Damals endeten für die Menschen in der DDR vierzig Jahre sozialistische Gesellschaft, die die hohen Ziele einer Gesellschaft in Freiheit und Gerechtigkeit nicht erfüllte. Viele Wortführer des Widerstands gegen die Herrschaft der SED erstrebten damals eine Erneuerung der DDR auf durchaus sozialistischer Grundlage und wollten kein Aufgehen der DDR in einer kapitalistischen Bundesrepublik. Der Begriff vom DRITTEN WEG oder freiheitlichen Sozialismus tauchte in damaligen Diskussionen auf. Mit dem Umschlag der Massen-

Stimmung in der DDR Anfang 1990 von der Parole „Wir sind das Volk“ zur Parole „Wir sind ein Volk“ verloren die Streiter für eine Erneuerung der DDR immer mehr Anhang. Die März-Wahlen in der DDR zeigten dies bereits: Die Mehrheit der Menschen in der DDR warf sich westlich orientierten Parteien in die Arme und Ideen, wie sie Helmut Creutz von einem Prozess des Zusammenwachsens bei der deutschen Staaten, die ausloten konnten, welcher gesellschaftliche Weg einzuschlagen ist, hatten bereits damals keine Chance mehr.

**Inzwischen erfuhren die BürgerInnen der neuen Bundesländer, dass westliche Demokratie nicht nur „freie“ Wahlen und Reisefreiheit in die ganze Welt, sofern die Geldbörse reicht, bedeutet, sondern auch Kapitalismus mit Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg für viele. Die Träume von blühenden Landschaften sind ausgeträumt. Die Begeisterung für die Einheit ist vielfach verfliegen. Hat heute ein DRITTER WEG Chancen?**

Sie dürften dort immerhin günstiger sein als in der BRD-West. Es liegen ja Erfahrungen mit beiden Systemen vor. 40 Jahre mit dem sogenannten Sozialismus – und 15 Jahre mit dem Kapitalismus. Im Winter 2000 konnten sich von 1500 repräsentativ ausgesuchte BürgerInnen der neuen Bundesländer in einer Umfrage 66% durchaus einen dritten Weg vorstellen. Die Frage lautete: Können Sie sich nach 40 Jahren Sozialismus und nach 10 Jahren Kapitalismus einen dritten Weg vorstellen? Bringt man das in die Diskussion und erfragt vorher das mutmaßliche Ergebnis, so ergibt sich eine Spannbreite von 10 – 90%,

die Mehrzahl tippt auf 40 – 50%. Diskutiert man dann die objektive Lage in den neuen Bundesländern unter Abwägung der Vor- und Nachteile beider Systeme und fragt, ob heute die Zahl derer, die in beiden Altsystemen mehr Nach- als Vorteile sehen gegenüber 2000 gesunken oder gestiegen sein könnten, so ergibt sich doch eine steigende Zustimmung zu der Annahme, dass sich heute mehr BürgerInnen als damals einen dritten Weg immerhin vorstellen könnten, denn gerade die wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich in den neuen Bundesländern noch stärker verschlechtert als im Westen.

Als Vertreter des von Helmut Creutz vorstehend skizzierten liberalsozialen dritten Weges vor der Entscheidung standen, ob sie für die Ziele einer freiheitlichen wie sozialen Ordnung sinnvoller unter dem Begriff **Liberalsoziale Aktion – LSA oder unter DRITTER WEG** als Bürgerinitiative in der Öffentlichkeit wirken sollten, entschieden sie sich für **ALTERNATIVE DRITTER WEG – A3W**, mindestens als Versuch. Dies, obwohl der größeren Zahl der Bundesbürger die Erfahrungen des „sozialistischen“

Weges fehlten. Auch in der Alt-BRD werden die Probleme des Kapitalismus immer stärker. Immer mehr Bürgern wird bewusst, dass mit der bisherigen Politik weder die Krise der Arbeit, des Sozialen, der Finanzen, noch der Umwelt- und des Friedens zu lösen sind. Und dass mit den Programmen von Regierung und Opposition zur Finanzkrise kein Blumentopf zu gewinnen ist, das nehmen inzwischen viele Anhänger beider Lager an. Auch unter Verantwortlichen mehren sich die skeptischen Stimmen.

Weder Regierung, noch Opposition, noch der Bundespräsident, unterbreiteten effektive Vorschläge zur drastischen Senkung der Arbeitslosigkeit. Da alle das Renditegesetz des Kapitals heilig halten, das nur die systemgemäße Nachfrage – wie Angebotspolitik gestattet, sind alle wesentlichen Möglichkeiten ausgeschöpft im Kapitalinteresse die Konjunktur in Gang zu halten – mit negativem Erfolg. **Was jetzt im Systemrahmen noch möglich ist, ist auf jeden Fall nicht der große Wurf, der aus den Krisen herausführt. Es wird weiter an Symptomen herumkuriert. Niemand aus dieser großen Koalition hat bisher auch nur ein einziges ZINSFREIJAHR gefordert, das den Kapitalisten keinen Cent kosten würde, nur den Verzicht auf einen Jahreszuwachs ihrer Vermögen. Das sind nach den heutigen Bankzinsrenten allerdings ca. 500 Mrd. Euro netto. Das geht aber schon nahe an die vom System gezogenen Grenzen. Und diese müssten überschritten werden um mit der von Helmut Creutz vorstehend skizzierten Politik eines umlaufgesicherten Geldes die heutigen Krisen zu überwinden.**

# Wie die Überlegungen für einen liberalsozialen DRITTEN WEG als Politik zur Überwindung der Krise und des Kapitalsystems heute umzusetzen sind !

**Zur Vorgehensweise:** In der in Nr. 52 ALTERNATIVEN veröffentlichten Graphik der drei Wege sagt Helmut Creutz zum Kapitalismus: „Aus mathematischen Gründen zum Scheitern verurteilt“. Gemeint ist das Wachstum der Geldvermögen wie der Schulden als Folge des Zinseszinses, das zum Finanz - Kollaps in einer Generation tendiert. Es ist nicht viel Zeit zum Umbau in die ALTERNATIVE eines DRITTEN WEGES, der Freiheit und Gerechtigkeit, Liberalismus und Sozialismus vereint.

**Das verlangt eine Vielfachstrategie, ein breites Massen- wie Elitenbewusstsein dafür zu entwickeln, dass ohne eine neues Geld-, Boden- und Steuerrecht die Krisen – und das Kapitalsystem selbst, nicht zu überwinden sind.**

Dafür ist eine Bürgerinitiative ein Instrument, das die Verantwortungsträger in Gesellschaft, Wirtschaft und vor allem Politik ständig mit den Vorschlägen des liberalsozialen DRITTEN WEGES konfrontiert. Verwaltungen, Regierungen und Parteien können den Vorschlägen einer Bürgerinitiative – BI offener begegnen, als wenn diese von einer Partei vorgebracht werden, von der andere Parteien Stimmenzug befürchten müssen. Auch ermöglicht die Arbeitsform einer BI ihren Mitgliedern und Anhängern die (zusätzliche) Mitarbeit in Parteien und damit die Einflussnahme auf Parteientscheidungen aus den Parteien heraus.

**Als politische BI will A 3 W –ALTERNATIVE DRITTER WEG - Druck auf Entscheidungsträger aller Ebenen ausüben.** Bündnisse mit vielen Gruppen, deren Ziele im Zielspektrum des Grundsatzprogramms von A 3W liegen, zu dem Umwelt-Gesundheits- Energie- Demokratie- und Friedenspolitik gehören, sind dazu nützlich. A3W unterstützt gewaltfreie Aktionen im Zielkorridor des eigenen Programms, auch Tauschringe und REGIO-Geld-Projekte als Schritte zu einer zinsfreien Geldordnung.

Zeigt sich, dass über die Parteienstrategie den Zielen nicht, oder nur über einzelne Parteien näher zu kommen ist, so sind Bündnisse mit diesen anzustreben, bzw. **an eigene Wahlbeteiligungen, möglichst in Bündnissen,** zu denken.

**Zur Programmatik für einen dritten Weg aus der Krise und aus dem System:** Die Zeit ist reif für eine liberalsoziale und ökologische Alternative: Deshalb setzt sich A3W für folgende durchgreifende Maßnahmen ein:

**1. Konsequente Öko- und Gesundheitssteuern verteuern Energie- und Umweltverbrauch, verbilligen umwelt- und gesundheitsbewusstes Verhalten und entlasten die Arbeit von Steuern.** = ¼ weniger Arbeitslose.

**2. Gerechte Verteilung der ökologisch und sozial verantwortbaren Arbeit** fängt technologisch bedingte Arbeitslosigkeit ab.

Der Produktivitätsfortschritt kommt allen durch weniger Arbeitsstress zugute. = 1/4 weniger Arbeitslose

**3. Aktive Geldpolitik durch umlaufgesichertes Geld** treibt aus Rentabilitätsgründen zu rückgehaltenes Geldkapital und Spekulationsgelder in arbeitsplatzschaffende Investitionen. = ½ weniger Arbeitslose.

**Diese Maßnahmen führen zu Vollbeschäftigung und sichern sie in ökologisch-sozialer Verantwortung!**

**4. Umlaufgesichertes Geld senkt den Zinsmehrwert für das Kapital in den Nullbereich zugunsten der Entlohnung der Arbeit.** Die Arbeitslöhne steigen auf den vollen Arbeitsertrag. Das beendet die soziale Spaltung des Volkes in arm und reich.

**5. Umlaufgesichertes Geld ermöglicht hohe Besteuerung von Großeinkommen und Großvermögen,** weil es jede GELDFLUCHT in Geldhorte im Inland wie im Ausland und in die internationale Aktien- und Devisenspekulation stoppt.

**6. Punkt 1-3 stellen Vollbeschäftigung her,** entlasten den Staat von den hohen Kosten der Arbeitslosigkeit, füllen die Staatskasse mit Steuern, ermöglichen den Abbau der Staatsschuld, die Rücknahme des Sozialabbaus (Gesundheits-,reform“ - HARTZ IV).

**7. Mit dem Zins baut umlaufgesichertes Geld den Wachstums- wie Rüstungszwang ab** und ermöglicht bei Vollbeschäftigung eine Wirtschaft im ökologischen Gleichgewicht durch Verzicht auf überflüssige Produktionen, die heute vom Rendite er zwingenden Kapital in immer neuen „Innovationsschüben“ zu Zwänge der Kapitalverwertung (Zins – oder Mehrwertbildung) durchgepeitscht werden. Dazu gehören grosse Teile der Chemie, Atomrüstung und Atomenergie, große Teile der GEN-Forschung und GEN-Industrie, die bei Lebensmitteln nichts zu suchen hat, zahlreiche Schadprodukte und die Rüstung.

**8. Ein öko-soziales Bodenrecht beendet die Bodenspekulation und sichert den Boden vor Raubbau.** Bei Privatböden werden Wertsteigerungen, die nicht durch Arbeits- und Kapitaleinsatz des Anwenders entstehen, steuerlich abgeschöpft – öffentliche Böden werden nicht mehr verkauft, sondern langfristig gegen ökologische Auflagen verpachtet, damit künftige Wertsteigerungen in Händen der Allgemeinheit bleiben. Aus den Pächterträgen und aus den Rüstungersparnissen ist ein Erziehungsgehalt für Erziehende zu finanzieren, ein wichtiger Schritt zum Umbau der kinderfeindlichen in eine kinderfreundliche Gesellschaft.

Zur Arbeit für diese Strategie und zur Verwirklichung dieser angekündigten Maßnahmen wurde im Juni 2004 die BI ALTERNATIVE DRITTER WEG – A3 W gegründet. Dieses Sofortprogramm zur Lösung unserer Vielfachkrisen wird den Verantwortungsträgern mit dem Ersuchen zur breitesten öffentlichen Diskussion vorgelegt. Aber auch die Basis der Parteien, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände, der zahlreichen Initiativen der Alternativbewegung werden, soweit sie von uns zu erreichen sind, in die Debatte einbezogen. Alle EmpfängerInnen dieses Papiers werden gebeten es weiter zu verbreiten (selbst kopieren oder von A3W anfordern), durch Spenden eine große Verbreitung zu sichern und durch **Mitgliedschaft in A3W die Basis** für die Durchsetzung eines DRITTEN WEGES gegen den-in Sowjet-Union und Ex-DDR real Ex-Sozialismus und gegen den Krisen-Kapitalismus zu verbreitern. Er ist auch die Chance heute die Kräfte von rechts zu stoppen, die, wie die Nazis vor 1933, nur im Krisensumpf der Zinswirtschaft wuchern können. **Wer braun verhindern will, muss das Kapitalsystem im liberalsozialen DRITTEN WEG ersticken.**

**Für den Vorstand von A3W: Eckehard Hollmann, Stollberg, Roland Steckel, Leipzig, Michael Krenz, Weißwasser, Georg Otto, 31079 Eberholzen, Gänseberg 11 – Sonderkonto: G. Otto, Nr. 25 00 42-303, Postbank Hannover BLZ: 250 100 30**

## **Warum umlaufgesicherte Zweitgelder in den Bundesländern, z. B. die SACHSENMARK, und warum für die BRD-einen UMLAUF-EURO als Zweitwährung und warum KONJUNKTURTWERT –SCHEINE – KWS als Konjunkturpaket III (Sozialgeld)**

Vorschläge der BI A3W –AKTION DRITTER WEG für UMLAUF-Zweitgeld für Länder und Bund und für ein Sozialgeld für die Ärmsten im Rahmen eines Konjunkturpakets III – uns das zum Nulltarif,.

### **Zur Lage des Kapitalismus im 2. Jahr der neuen WELTWIRTSCHAFTSKRISE**

Die Dauerkrise des Kapitalismus seit den 70er Jahren mit immer mehr Arbeitslosen, immer mehr Schulden und Zinslasten, immer schärferer Spaltung der Völker in die Klassen der ZINSAHLER und der ZINSKASSIERER erreichte durch ihre Verschärfung als FINANZKRISE die Dimensionen einer WELTWIRTSCHAFTSKRISE. Diese zeigt, diesmal hoffentlich allen Ökonomen, Politikern und allen Wählern, dass in der GELDORDNUNG der Wurm drin sein muss und dass hier Ursachen für Aufstieg und Niedergang der Wirtschaft und damit der Kulturen liegen. --- Vor einigen Jahren stürzten sich Massen des Geldkapitals, **das infolge des kapitalistischen ZINSESZINSES auch beim Mittelstand exponentiell „wuchs“**, in die internationale Spekulation, weil es in der Zivilwirtschaft kaum noch rentable Anlagen gab. 40.000 kleine und mittlere – auch einige größere Betriebe - erwirtschafteten Null-Renditen und machten im letzten Jahrzehnt jährlich Pleite!. Zwar verlor das Spekulationskapital durch die Kursverluste in der Finanzkrise insgesamt an „Wert“, jedoch gab es **neben den Verlierern in gleicher Höhe Gewinner, nämlich diejenigen, die rechtzeitig aus den „faul werdenden Papieren“ ausstiegen**. Und weil diese ihre **KRISENGEWINNE** zurückhalten und erst mal abwarten, ob die Konjunktur durch „Rettungspakete und Rettungsschirme“ der Staaten anspringt, **deshalb sitzen Banken und Firmen in der Kreditklemme und die Staaten müssen sich trotz schon getätigter Schulden künftig weiter bei den Geldhaltern - gegen gute Zinsen der Steuerzahler natürlich – verschulden, damit die Konjunktur nicht noch mehr zusammenbricht**. Das wird sie ab Herbst: Der Staat subventionierte Kurzarbeit für 1 – 1,5 Millionen Arbeiter. Das ersparte den Betrieben die Arbeitgeberanteile zu den sozialen Versicherungen auf Kosten öffentlicher Kassen, kürzte den Kurzarbeitern die Löhne auf 60-70% und reduzierte ihren Konsum mit negativer Konjunkturlage und **sicherte zur Bundestagswahl als einziges PLUS den Regierungsparteien dennoch eine positive Bilanz: Trotz Krise immer noch nur ca. 3,5 Mill. Arbeitslose!** Die Kurzarbeit läuft jetzt aus und betriebswirtschaftlich können die Unternehmen bei weiter lahmer Konjunktur die Kurzarbeiter nicht halten. **Für 2010 drohen daher 4,5 – 5 Millionen Arbeitslose!**

**Die EUROPÄISCHE ZENTRALBANK, die EZB, zieht keine Konsequenzen aus dem stagnierendem Geldumlauf** und sichert den EURO Umlauf nicht durch einen **Negativzins**; so dass auch schwerreiche Geldkapitalisten und Krisengewinner **alle Gelder in den Geldkreislauf zurückführen und Nachfrage nach Investitionen und Arbeitskräften halten m ü s s e n**, bes. wenn ein Ausweichen in die internationale -Spekulation durch eine Devisenumsatzsteuer (Tobinsteuer) verhindert würde. **Statt dessen mogelt sich die EZB, wie alle Notenbanken, mit völlig wirkungsloser Senkung der Leitzinsen – derzeit auf 1% durch und verliert so jede Steuerung des Geldumlaufs. Wer investiert schon und riskiert Selbstmord, solange eben a l l e w a r t e n und so verschlechtern a l l e die Konjunktur durch ihr Wa r t e n ! Müsste die EZB nicht gerade j e t z t den EUROS einen UMLAUFIMPULS injizieren**, durch eine Gebühr/Steuer auf wartendes Geld (Silvio Gesell um 1900), durch rostendes Geld (Keynes , 1936), durch Durchhaltekosten auf Geld (US-Notenbanker Marvin Goodfriend von der FED Richmond vor 10 Jahren), durch NEGATIVZINS (Prof: Mankiw; Harvard University, Prof. Buiter/School of Economics-London –beide 2009. **Prof. Bernd Senf, FHW Berlin, fordert „fließendes Geld!**

**Bundesländer, Bund und Parteien sind am Zuge:** Die Bundesländer sind aufgerufen mit regionalem umlaufgesichertem Zweitgeld, z.B. in Sachsen mit der SACHSENMARK, die drohende Krisenverschärfung zu stoppen. Die Bürgerinitiative A3W begrüßt, dass die **HUMANWIRTSCHAFTS-PARTEI Sachsen** diese Frage ins Zentrum ihres Wahlkampfes stellte. A3W ruft auch die GRÜNEN auf, die in ihrem Wahlprogramm beschlossene Förderung alternativer Wirtschaft, kommunal wie in Ländern und auch für die Region BRD innerhalb der EG umzusetzen. **An erster Stelle werden dort zinsfrei tätige Tauschringe und ebenfalls mit zinsfreiem und umlaufgesichertem Zweitgeld arbeitendes REGIO-GELD- genannt: Diese Ideen tragen wir auch allen weiteren Parteien des demokratischen Spektrums an.**

**Nicht mehr die Interessen des Kapitals nach höchster Verzinsung, sondern die Interessen des Volkes nach störungsfreier Arbeit und vollem Arbeitsertrag ohne Kapitalgewinne sind Richtlinie einer neuen Geldordnung.** Die noch amtierende und die neue Bundesregierung und die Bundestagsparteien ersuchen wir über den Bundestag und die jetzigen, bzw. künftigen Regierungsparteien als Bundesregierung im Ministerrat der EU Einfluss auf die EZB zu nehmen, die Geldpolitik nicht mehr nach den Interessen des Geldkapitals zu gestalten, die eine ewig währende Höchstverzinsung des Geldkapitals garantieren soll, wie es in der bisherigen Geschichte des hortbaren Geldes der Fall war. Der von der RAF 1977 ermordete Chef des BDI – Bundesverband der Deutschen Industrie – Dr. Martin Schleyer – hatte dieses Wesen des Kapitalismus als GELDDIKTATUR in einem Satz ausgedrückt: **Geldkapital muss angemessen bedient werden, sonst stellt es sich der Wirtschaft nicht zur Verfügung.**

Damit beschrieb Dr- Schleyer kurz, aber völlig richtig, wie jede vom Geld verursachte Krise, also auch die heutige FINANZKRISE, ausgelöst wurde und wird: Durch Geld, das der Wirtschaft nicht zur Verfügung gestellt wird, wenn keine angemessene Rentabilität gegeben ist.

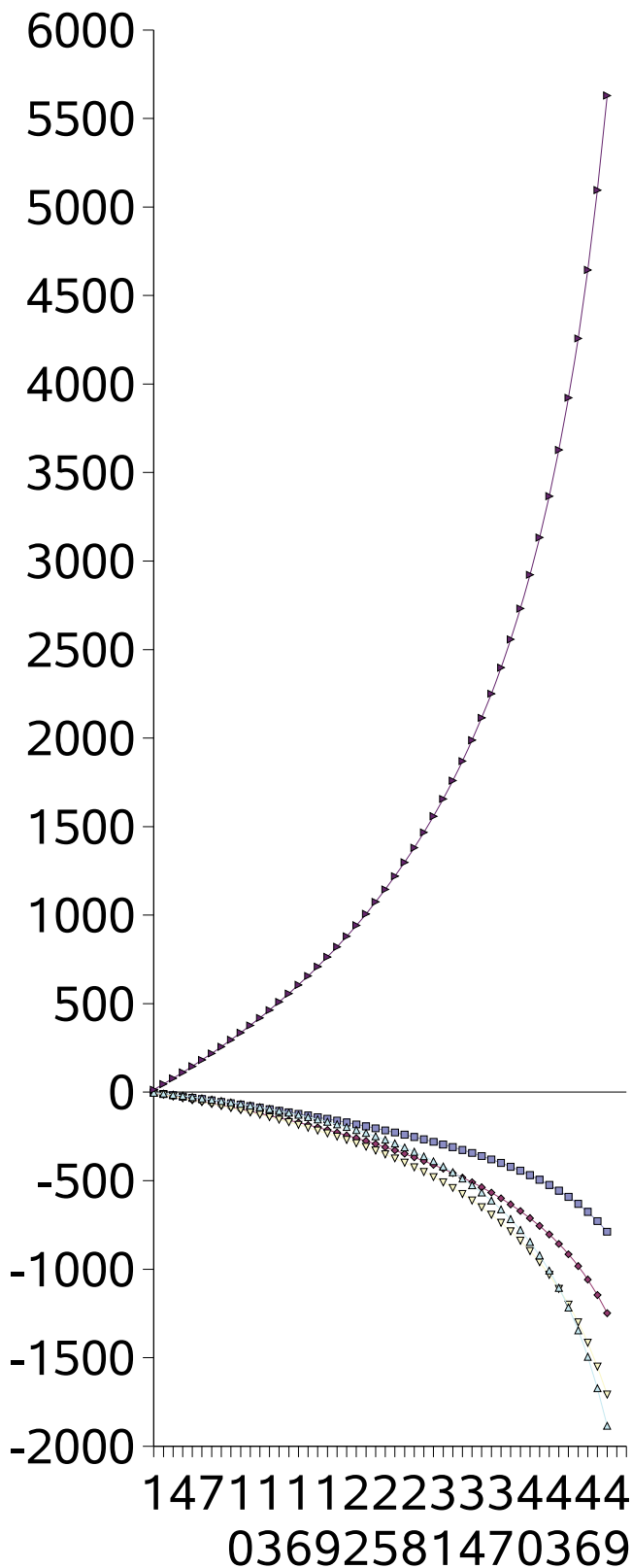
**Konjunkturpaket III als Konjunkturwertschein – KWS - für Einkommen unter € 1000.** Mit den Vorschlägen für umlaufgesicherte Tauschmittel als Zweitwährung auf regionalen Ebenen reichen wir den Vorschlag für ein KONJUNKTURPAKET III, diesmal für alle niedrigen Einkommen unter 1000 €, ein. Also für ein **SOZIALGELD als Einstieg in ein GRUNDEINKOMMEN.** Die Bundesregierung sollte den KWS trotz Ende der Koalition vorbereiten, damit er zu Jahresbeginn 2010 umlaufen kann. Damit er nicht als Einmalzahlung mit geringer Wirkung auf die Konjunktur verpufft, wie z.B. die Subventionierung der Kurzarbeit in Kürze verpuffen wird, ist der KWS umlaufgesichert zu gestalten, indem jeder KWS, z.B. zu € 100, eine Tabelle für die Umlaufsicherungsgebühr von 1% im Monat enthält, **so dass jeder Käufer und Verkäufen sofort die aktuelle Kaufkraft des KWS ablesen kann. Der KWS ist 1 Jahr gültig und kann für alle Zahlungen benutzt werden; der letzte Verkäufer rechnet den Schein mit dem Finanzamt ab.**

**Vorbildfunktion der WÄRA von Schwanenkirchen/Bayern und des FREIGELDES von Wörgl/Tirol in der ersten Weltwirtschaftskrise** Mit umlaufgesichertem Regionalgeld wehrten sich beide Orte 1931 – 1933 erfolgreich gegen die erste Weltwirtschaftskrise: **Es entstanden Konjunkturinseln mit sinkender Arbeitslosigkeit, wiederbelebter Wirtschaft und in Wörgl mit sanierten Gemeindefinanzen und öffentlichen Investitionen ohne Schulden.** Der damals führende Währungstheoretiker der USA, Prof. Irving Fisher, scheiterte mit seiner groben Quantitätstheorie des Geldes in der US-Krise von 1929. Nach gründlichem Studium der Berichte seines Assistenten Dr. Hans Cohnsen, erklärte er, **mit Freigeld – wie in WÖRGL -die USA in drei Wochen aus der Krise herauszuholen.** In beiden Regionen wurde die Umlaufsicherung mit dem Aufkleben einer Marke in das Monatsfeld erreicht. Entsprechend den KWS-Konjunkturwertscheinen, ist die Umlaufsicherung eines Regionalgeldes für die BRD, bzw. für die Bundesländer mit einer Umlaufsicherungstabelle zu gestalten. Die Methode der Umlaufsicherung ist eine Frage der besseren Handhabung. **Die Umlaufsicherung funktioniert unabhängig von der Methode.** Das zeigte auch die ca. 300jährige Praxis des Brakteatengeldes im Hochmittelalter von 1150-1450..Ein zweimaliger „Münzverruf“ im Jahr mit einem Abschlag von ca. 20-30%, dem entging, wer vorher das Geld ausgab. **Mit einem geschlossenen Geldkreislauf, wurde so die Wirtschaftsblüte der HANSE und die Hochkultur der GOTIK ermöglicht.**

Die Bürgerinitiative A3W – ALTERNATIVE DRITTER WEG steht der Bundesregierung, den Landesregierungen, Kommunen und Kommunalverbänden, den Parteien, Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden, sozialen, ökologisch-alternativen Gruppen gern mit Informationen zur Verfügung. Dies ist eine **Fortsetzung unseres Briefes an die Regierung und Parteien vom 6. 10. 2008, in dem wir zur Krisenlösung die Umlaufsicherung des EURO als KONJUNKTURPAKET zum N U L L T A R I F bereits vorschlugen und z.B. mit den vom US-Notenbanker Marvin Goodfriend geforderten DURCHHALTEKOSTEN auf Geld begründeten** und mit Daten des Geldanalysten **Helmut Creutz** die Krise als KRISE des GELDSYSTEMS erklärten. Das Material von 2008 ist gegen € 3,- mit der neuen Nummer. **ALTERNATIVEN für einen DRITTEN WEG** abzurufen.

**Für den A3W -Vorstand: E. Hollmann, Vorsitzender, M.Krenz, Kassierer., G. Otto Geschäftsführer, C. Heine, Beauftragter für Sachsen. Büro:: A 3 W - 31079 Eberholzen, Gänseberg– Mail: [alternative-dritter-weg@t-online.de](mailto:alternative-dritter-weg@t-online.de) – [www.alternativen.biz](http://www.alternativen.biz) – Zeitschrift: **ALTERNATIVEN für einen DRITTEN WEG****

**Die Schere:  
Unser Geldsystem  
zerstört die Gesellschaft**  
Untersuchung von Zinsströmen  
Ergebnisse eines Computermodells



*Die Schere – Abb.1*

- Zu den Ursachen der Geldpumpe von Arm nach Reich
- **Das Geldsystem muss geändert werden**

In diesem Text wird ein grundlegender Mechanismus unseres Geldsystems dargestellt. Er ist mathematischer Natur und verteilt unentwegt Geld von Unten nach Oben. Er ist noch weitgehend unbekannt, obwohl von einer Schere zwischen Arm und Reich ständig in den Medien geredet wird. Über 80% der Bevölkerung sind im Laufe der Jahre gewissermaßen teilweise zu Sklaven geworden ohne es zu wissen. --- Dieser Anteil wird immer größer. Wie soll das real weitergehen?

Soziale Störungen sind unvermeidlich, **die Gesellschaft wird diese Umverteilung auf Dauer nicht aushalten können.**

Im Ganzen gesehen muss eine Revolution kommen: **Wird es eine friedliche oder eine zerstörerische?**

Grundlegende Dinge sind zu ändern – und die sind im Kern nur geringfügig – in den Auswirkungen aber weitgreifend – und das Denken muss vom Kopf auf die Füße gestellt werden.

**Es geht um die Funktion der Zinsen:** Sie belohnen den Geldbesitzer, wenn er Geld, das er nicht sofort benötigt, als Kredit in die Wirtschaft fließen lässt.

Er wird dies jedoch nicht tun, wenn ihm der Zinssatz zu niedrig ist.

Dieser Mechanismus muss durch einen wirksameren und besseren ersetzt werden.

Die Lösung heißt „Umlaufimpuls“ oder „Umlaufgebühr“. Wer sein aktuell nicht benötigtes Geld nicht für langfristige Kredite zur Verfügung stellt, der muss eine solche Gebühr bezahlen.

**1989 hatten wir eine friedliche Revolution in Deutschland.**

**Wann kommt die nächste?**

**1. Vorbemerkung – Wie das Computermodell entstand**

Die im Folgenden dargestellten Berechnungen sind das Ergebnis einer Notlage; und zwar meiner Notlage, nicht genau überprüfen zu können, was **Margrit Kennedy in ihrem Buch „Geld ohne Zinsen und Inflation“** ausführte: **In den Preisen unserer Einkäufe ist ein erheblicher Anteil Zinsen enthalten.** Gelesen habe ich darin aus reinem Zufall mitten auf der Marienstraße in Hannover. Die „Initiative natürliche Wirtschaftsordnung“ gibt **30 % als durchschnittlichen Prozentsatz** an ([www.inwo.de](http://www.inwo.de)). Und danach kannte ich nur noch dieses Thema: Ist es mit den Zinsen wirklich so schlimm? - Das war 2003.

Seit meiner Pensionierung aus dem Schuldienst 2006 habe ich mich endlich intensiv darum kümmern können.

Drei Semester lang war ich als Gasthörer der Universität in Vorlesungen zu Volkswirtschafts- und Betriebswirtschaftslehre (VWL / BWL), ein Praktikum bei der Potsdamer Regionalgeldinitiative „Havelblüte“ konnte ich machen. - Die VWL-Mathematik bot mir keine Möglichkeiten, das Problem zu analysieren. Aus den Sachverhalten einer Vielzahl statistischer Daten der Deutschen Bundesbank und anderer Quellen Berechnungen und Abschätzungen nachzuprüfen, wie sie **Helmut Creutz in seinem Buch „Das Geldsyndrom“** darstellt, dazu waren meine Fachkenntnisse nicht ausreichend. Als Mathematik- und Informatiklehrer hatte ich dann aber die Idee für eine ganz andere Lösung: Ein selbst zu entwickelndes Computermodell.

Im Herbst 2007 war es soweit, die Beschreibung einer ersten Version war fertig, und ich durfte sie Ende 2007 bei einem Seminar in Wuppertal (Silvio-Gesell-Tagungsstätte - Leitung Klaus Popp) vorführen. Ergebnisse einer verbesserten Version habe ich inzwischen schon acht mal in Vorträgen erläutert. Hiermit lege ich jetzt eine schriftliche Darstellung wichtiger Ergebnisse dieses Modells vor.

## 2. Grundlagen des Modells – Mathematik Klasse 6 und ein Tabellenkalkulationsprogramm

In der Schule lernt jeder Schüler und jede Schülerin, wie man Zinsen berechnet, Zinsbeträge für ein Jahr, auch für zwei oder mehrere und für Teile eines Jahres. Später kommt noch die Zinseszinsformel hinzu.

1	Haushaltsgruppe	Arme	Untere	Mittlere	Obere	Reiche
2	Anteil am Gesamteinkommen	7,50%	12,5%	17,4%	23,7%	38,9%
3	Monatl. Netto-Einkommen	800 €	1.300 €	1.900 €	2.500 €	4.200 €
4	Sparquote/Sparbetrag	0,5 % / 4 €	2,2 % / 29 €	4,7 % / 89 €	7,7 % / 193 €	18,6 % / 781 €

**Tabelle 2 :** Fünf gleich große Gruppen der Privathaushalte in Deutschland /  
Anteile am Gesamteinkommen aller Haushalte / Durchschnittliches monatliches Nettoeinkommen (gerundet)  
/ Sparquoten und monatliche Sparbeträge im 1. Jahr

Was es aber bedeutet, über längere Zeit hinweg Geld zu sparen, Zinsen zu erhalten oder zu bezahlen, woher sie kommen, wohin sie gehen, was sie bewirken, das wird in den Schulbüchern nicht behandelt. Es bleibt zumeist bei reinen Rechenaufgaben, Zusammenhänge werden nicht untersucht.

Das Modell benötigt die Zinseszinsformel gar nicht. Es berechnet den Zinsertrag eines Jahres, addiert ihn auf das Guthaben. Dann wird mit dem neuen Guthabenwert derselbe Rechenvorgang für das nächste Jahr wiederholt und das für insgesamt 50 Jahre. Dieser sogenannte rekursive Ansatz macht das Modell einfach nachvollziehbar.<sup>1</sup>

Hieraus ergeben sich schon die wichtigsten unabhängigen Parameter des Modells: **Nettoeinkommen eines Privathaushalts, Sparquote und Zinssatz für Sparguthaben.**<sup>2</sup> - Es gibt rund 39 Millionen Privathaushalte in Deutschland, ihr durchschnittliches Nettoeinkommen ist 2137 €, die durchschnittliche Größe 2,12 Personen. Zeile 2 (Tab.2) gibt die Anteile von fünf gleich grossen Gruppen am Gesamteinkommen aller Haushalte an. Die Gruppen werden zur leichteren Verständlichkeit im weiteren Text als „**Arme**“, „**Untere**“, „**Mittlere**“, „**Obere**“ und „**Reiche**“

1 Kern des Modells ist eine Tabelle mit rund 8000 Rechenzellen.  
2 Unabhängige Parameter können (in sinnvollen Grenzen) frei gewählt werden und bestimmen dadurch die Ergebnisse.

bezeichnet. Die Daten entstammen der Broschüre „Deutschland in Zahlen 2006“ des Instituts der deutschen Wirtschaft (Köln).<sup>3</sup> Die durchschnittlichen monatlichen Einkommen (Zeile 3) sind aus den Angaben der Broschüre errechnet und auf Hunderter gerundet. Diese Einkommensbeträge dienen als Grunddaten um einen gewissen Realitätsbezug herzustellen und werden als Arbeitseinkommen angesehen. Sie bleiben über die 50 Jahre Modelllaufzeit unverändert. - [Sozialtransfers, Steuern und weitere Einflussfaktoren finden keine Berücksichtigung (ceteris paribus).]

**Die Vereinfachungen sind dem Modell geschuldet. Das ist auch die Grundlage und das Erfolgsrezept von Modellen. Ohne Vereinfachungen – schon gar nicht bei einem derartig hochkomplexen Geschehen wie einer Volkswirtschaft – geht es nicht. Aber sie ermöglichen Einblicke in die Zusammenhänge. Und diese Einblicke führen schließlich zu Erkenntnissen.**

Die Sparraten der fünf Gruppen bestimmt eine **Sparquotenfunktion**, die in das Modell eingegeben wird. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Sparquote eines Haushalts mit dem Einkommen wächst. Die errechneten Sparquoten (Zeile 4) belaufen sich im Mittel auf 6,7%.

## 3. Erste Ergebnisse

Die nachfolgend dargestellten Ergebnisse berechnen sich nach den in Zeile 3 (Tab.2) angegebenen Monateinkommen, den Sparbeträgen und den Zinseinnahmen aus den angesparten Guthaben bei der Sparneigung 2<sup>4</sup> und einem Zinssatz von 4%. Dieser Zinssatz ist in etwa eine untere Grenze langfristiger Geldanlagen.<sup>5</sup> Er ist mehr zufällig auch „gesetzlicher Zinssatz“.<sup>6</sup>

**Jeder Modelldurchlauf startet bzgl. der Sparvermögen bei**

**Null.** Alle Haushalte haben noch kein Sparguthaben, dieses wird erst aufgebaut und von Jahr zu Jahr größer.

### 3a. Angesammelte Sparvermögen

Abbildung 3a (nächste Seite) stellt nun die Entwicklung der angesammelten Sparvermögen über die 50 Jahre dar. [Unter „Sparen“ ist im Modell die Gesamtheit aller Geldan-

3 Die Stichprobenerhebung beinhaltet alle Einkommensarten: Arbeits-, Vermögens- und Transfereinkommen ohne Sonderzahlungen wie Weihnachtsgeld oder Mietwert einer selbst genutzten Eigentümerwohnung.

4 In den Modelldurchläufen kommen zwei Werte eines als „Sparneigung“ bezeichneten Parameters vor: Ab 4500 € Nettoeinkommen steigt bei Sparneigung 2 die Sparquote je 1000 € Mehreinkommen um 2%, bei Sparneigung 5 um 5%.

(**Abkürzungen:** ZS 4%: Zinssatz 4%; SN 2: Sparneigung 2)

5 Zum Vergleich: Die Umlaufrenditen langfristiger öffentlicher Anleihen in Deutschland lagen zwischen 1956 und 2008 im Durchschnitt bei 6,7% (USA 7,5%); Max. 10,4% (USA 13,3%); unter 4% nur 2005 und 2006 (USA nur 2008).

Quelle: Deutsche Bundesbank  
6 BGB § 246, Gesetzlicher Zinssatz:

„Ist eine Schuld nach Gesetz oder Rechtsgeschäft zu verzinsen, so sind vier vom Hundert für das Jahr zu entrichten, sofern nicht ein anderes bestimmt ist.“

lagen mit Renditeerträgen zu verstehen.] Wie zu erwarten, erreichen die Armen mit 2.600 € den niedrigsten Betrag, die Unteren erzielen 18.000 €, die Mittleren 60.000 €, die Oberen 140.000 €, die Reichen fast 660.000 €.

Diese Ergebnisse sind einleuchtend, wenn (anfangs) die eine Gruppe nur vier und die andere 781 Euro monatlich spart.

### 3b. Monatlicher Sparbetrag

Abbildung 3b zeigt das Anwachsen des monatlichen Sparbetrages. Da sich das durchschnittliche Monatseinkommen aus Arbeit modellgemäß nicht ändert, erklären sich die zunehmenden monatlichen Sparbeträge aus den Zins-einnahmen. Es werden nämlich entsprechend der Sparquote von den Zins-einnahmen anteilige Beträge der Spar-rate hinzugefügt. Der Rest der Zins-einnahmen geht in den Konsum.

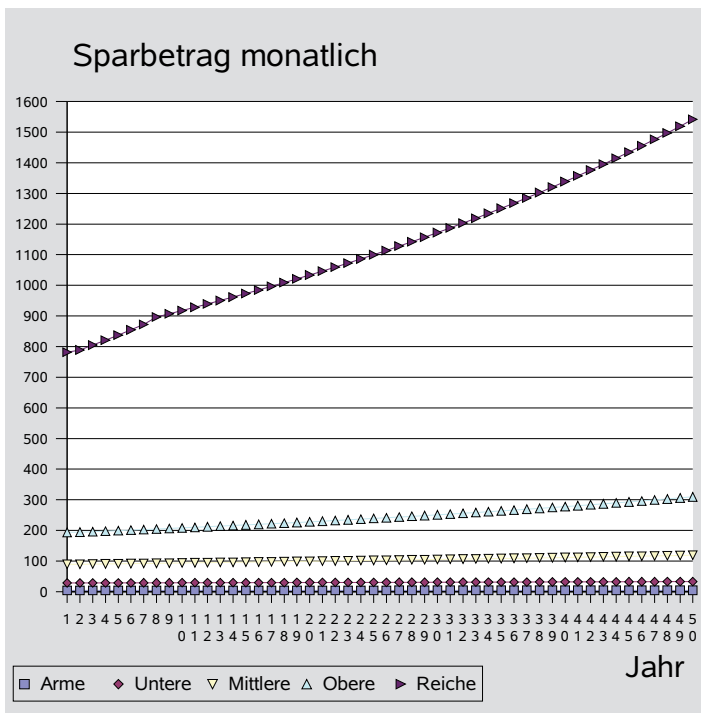


Abbildung 3b (ZS 4%, SN 2)<sup>4</sup>

Es zeigt sich im wesentlichen das gleiche Bild wie beim angesammelten Sparvermögen. Die Veränderungen bei den Armen und Unteren sind sehr gering, die Sparbeträge der Mittleren steigen über die 50 Jahre etwas (von 90 auf 120 Euro), die der Oberen auf das Eineinhalbfache (von knapp 200 auf 310 Euro), die der Reichen wachsen auf fast das Doppelte an, von knapp 800 auf über 1.500 Euro.

Der Knick in der Kurve der Reichen erklärt sich dadurch, dass bei diesem Modelldurchlauf die Sparquote mit dem 8. Jahr eine Grenze von 20% erreicht, ab der die Sparquoten-funktion langsamer steigt. Bei genauem Hinsehen ist erkennbar, dass trotz des linearen Anstiegs der Sparquote der Sparbetrag selbst mehr als linear wächst – nämlich exponentiell.

Es wird später deutlich, dass besonders die Sparquote der Reichen eine wichtige Rolle spielt.

### 3c. Monatlicher Zinsertrag

Abbildung 3c stellt den monatlichen Zinsertrag dar. Es zeigt sich das gleiche Bild wie in den vorhergehenden beiden Abbildungen.

## Angesammelte Sparvermögen

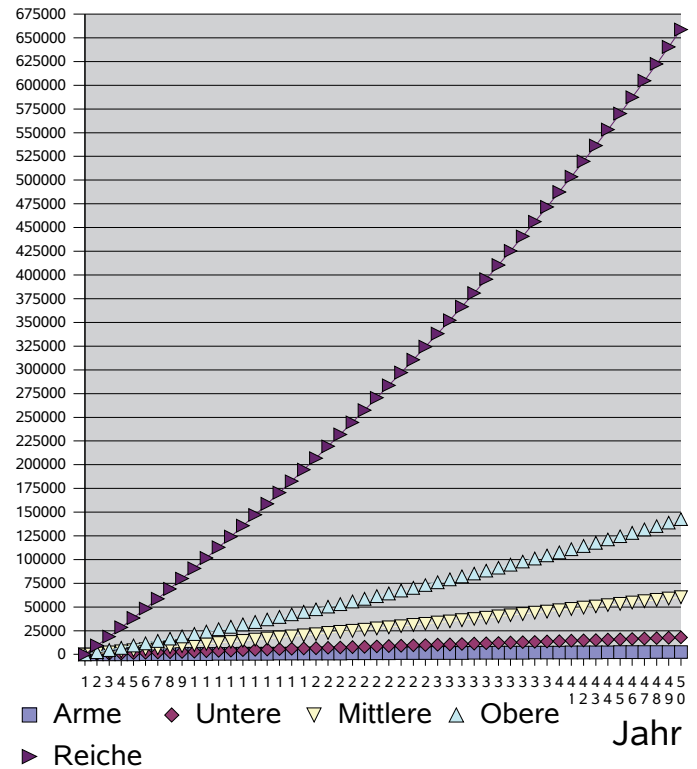


Abbildung 3a (ZS 4%, SN 2)<sup>4</sup>

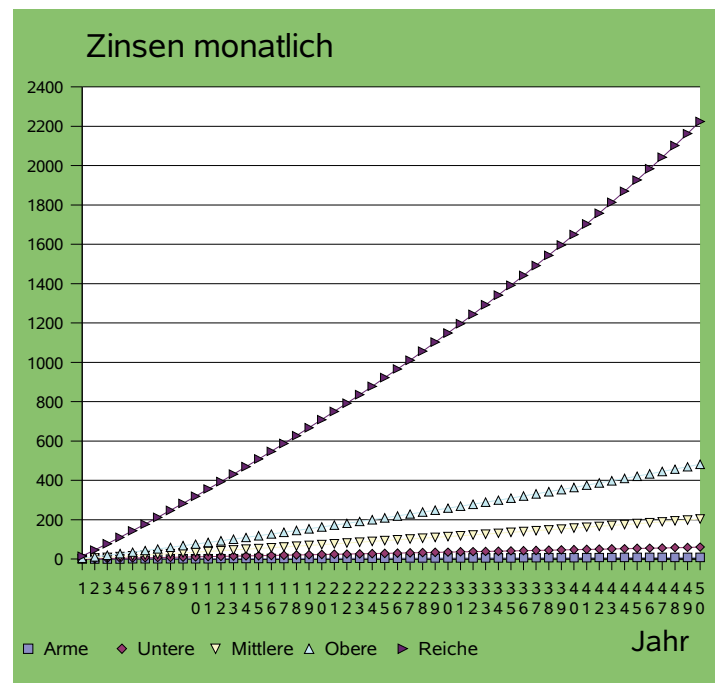


Abbildung 3c (ZS 4%, SN 2)<sup>4</sup>

Dem ist aber doch hinzuzufügen, dass die monatlichen Zinserträge der Reichen nach 50 Jahren über 2.200 € ausmachen und also größer sind als das Arbeitseinkommen der Mittleren. Letztere haben zwar selbst 200 € Kapitaleinnahmen, aber damit erreicht auch ihr monatliches Gesamteinkommen das reine Zinseinkommen der Reichen nicht.

**Ergänzende Betrachtung:** Die Reichen „schaffen“ im 45. Jahr ein Zinseinkommen in Höhe des Arbeitseinkommens der Mittleren; bereits mit dem 22. Jahr ist das Arbeitsein-

kommen der Armen erreicht. Für dieses Zusatzeinkommen müssen die Reichen nicht arbeiten.

### 3d. Monatliches Gesamteinkommen

Abbildung 3d stellt das Gesamteinkommen aus Arbeit und Zinsen dar. Sie zeigt, was zu erwarten ist, die Einkommen der Armen (800 – 810) und der Unteren (1.300 – 1.360) verändern sich mit +1% bzw. +5% nur unwesentlich, das der Mittleren (1.900 – 2.100) etwas (+10%), die Oberen (2.500 – 2.970) erzielen fast ein Fünftel (+19%), die Reichen (4.200 – 6.360) die Hälfte (+52%) Einkommen mehr.

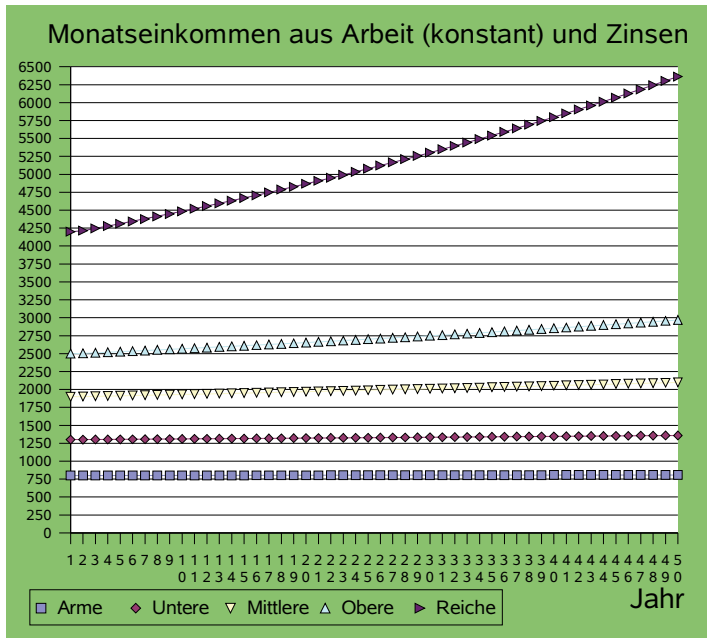


Abbildung 3d (ZS 4%, SN 2)<sup>4</sup>

#### Zusammengefasst:

„Deutschland spart sich reich“<sup>7</sup> - könnte man sagen.

Alle verdienen mehr; die die viel sparen deutlich mehr, die die wenig sparen unbedeutend mehr. Das ist aber überaus einleuchtend und daraus ist keine Erkenntnis zu gewinnen. Man könnte hier zu dem Schluss kommen, wie es auch offenbar Auffassung der mainstream-Volkswirtschaftslehre ist: - Zinsen sind eine natürliche Sache; dass Reiche mehr bekommen ist in sich logisch und dagegen kann es keine Einwände geben.

Aber – obwohl dieses Mehreinkommen genau den Werbeslogans der Banken entspricht („Ihr Geld arbeitet!“) - eine Frage bleibt unbeachtet: Wenn alle mehr verdienen, noch dazu ohne mehr zu arbeiten - wie ist denn das möglich? Sind etwa „Zinseszinsen das 8. Weltwunder“?<sup>8</sup> Würde da der Stein der Weisen entdeckt?

Deshalb beschäftigt sich das nächste Kapitel mit der Frage, **woher denn die Zinsen eigentlich kommen.**

### 4. Der Zinskreislauf – Bei jedem Einkauf/Konsum bezahlen die Haushalte Zinsen

Als erstes wäre die Frage zu stellen: **Woher hat die Bank die Zinsen, die sie an den Sparer/Privathaushalt auszahlt?** (Abb.4; Pfeile rechte Seite) - [Im Modell stehen – eine weitere Vereinfachung – die Banken stellvertretend

<sup>7</sup> So konstatiert die Deutsche Postbank auf einem Plakat 2008 / Plakat der Citi-Bank in Hannover (2005) : „Ersparnisse sollten grundsätzlich schneller reifen als Menschen“

<sup>8</sup> Dieses Motto kursiert im Internet

[http://www.welt.de/welt\\_print/article1345795/](http://www.welt.de/welt_print/article1345795/) (9.11.2007 )

für alle Arten von Anbietern auf dem Finanzmarkt.] Die Antwort ist klar: Sie verleiht den Geldbetrag des Guthabens an einen Kreditnehmer. Die Kredite fließen in die Unternehmen, z.B. um eine Maschine zu erneuern oder anderweitig zu investieren und der Unternehmer/Produzent zahlt natürlich die Kreditzinsen mit höherem Zinssatz (Pfeile oben). - [Konsumentenkredite sowie auch Geldanlagen von Unternehmen werden im Modell nicht berücksichtigt.]

**Und woher hat der Produzent die Zinsen?** Er kalkuliert sie selbstverständlich in seine Preise ein, denn woher sonst kann er Geld bekommen. Seine Vorproduzenten machen es genauso, der Spediteur hat sein neuestes Fahrzeug auch nicht bar bezahlt und der Supermarkt als Abnehmer der Waren muss beim Einkaufen alle diese Zinsen mitbezahlen (Pfeile linke Seite). - Auch der Supermarkt hat zumeist Kredite laufen (Vorräte müssen vorfinanziert werden, eine neue Heizung ist mal fällig, ...) und schon sind nicht nur die Zinsen seiner Einkaufspreise, sondern auch noch die eigenen Zinsverpflichtungen in seinen Verkaufspreisen enthalten.

**Diese Preise bezahlen die Konsumenten beim Einkaufen. Und dabei bezahlen sie dann alle aufgelaufenen Zinsen gleich mit** (Pfeile unten). - [Guthaben- und Kreditzinssatz haben im Modell den selben Wert.<sup>9</sup>]

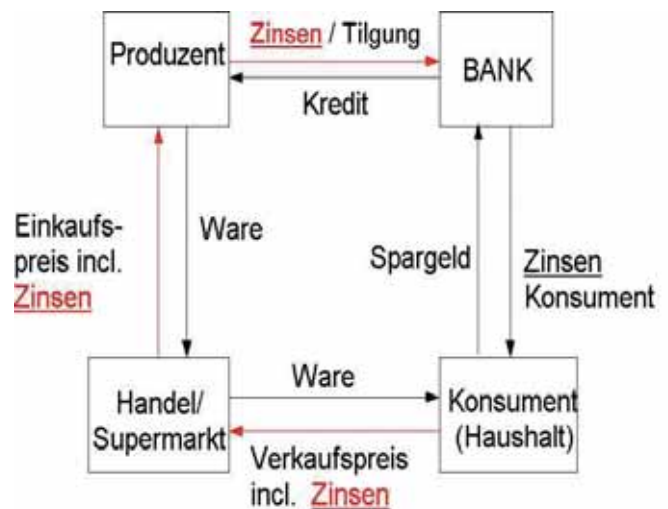


Abbildung 4: Der Zinskreislauf

#### Ergebnis:

**Jede/r Bürger/in bezahlt bei jedem Einkauf/Konsum Zinsen – auch ohne Konsumentenkredite.**

### 5. ZAP – Der Zins-Anteil in den Preisen

Im letzten Kapitel wurde festgestellt, dass in fast jedem Kaufpreis, den die Privathaushalte bezahlen, ein Zinsanteil enthalten sein dürfte. Die durchschnittliche Höhe dieses Anteils lässt sich nun im Modell recht einfach berechnen. Hier folgen die dazu notwendigen Überlegungen und Rechenschritte:

Die Sparguthaben der Haushaltsgruppen am Ende eines Jahres sind bekannt, die darauf anfallenden Zinsbeträge

<sup>9</sup> Eine weitere Vereinfachung des Modells. Die Kreditzinssätze sind real stets höher als die Guthabenzinssätze, da sie auch die Bankkosten wie Gehälter, Büromaterial, Computer- und Gebäudeaufwand, Risikoprämie gegen Kreditausfall etc. enthalten. Diese Bankmarge geht in das allg. Wirtschaftsgeschehen ein und bleibt im Modell unberücksichtigt.

ebenso. Sie werden über alle Haushaltsgruppen addiert. Diese **Gesamtzinssumme** muss über den Konsum beim Einkaufen bezahlt werden. - Der Konsum der Haushalte ergibt sich aus ihren Einkommen minus den Sparbeträgen. Der Gesamtkonsum aller Haushalte wird zusammenaddiert zur **Gesamtkonsumsumme**. - Der Prozentsatz des Zinsanteils berechnet sich dann aus dem **Verhältnis von Gesamtzinssumme zu Gesamtkonsum**. Dieser Zinssatz wird im folgenden als **ZAP-Satz** (Zins-Anteil-Preise) bezeichnet.

Jahr	ZAP
1	0,2%
5	2,1%
10	4,5%
20	9,5%
30	14,7%
40	20,1%
50	25,7%

(ZS 4%, SN 2)

**Tabelle 5:** Entwicklung des ZAP-Satzes

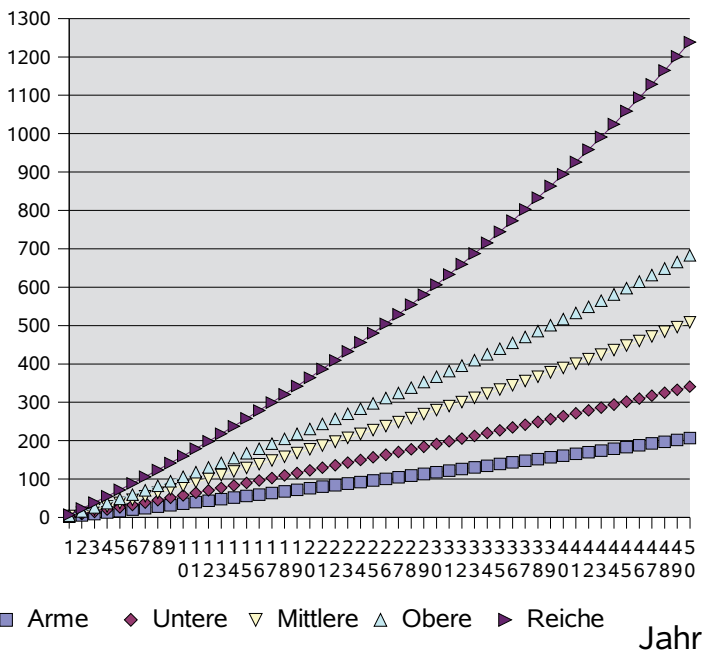
Die Berechnung ergibt für das 1. Jahr 0,21%, wenn die Haushalte erst geringe Sparguthaben haben, im zweiten Jahr 0,67%, wenn die Sparguthaben angewachsen sind. Er wird also jedes Jahr höher, was auch einleuchtet, da die Sparguthaben jedes Jahr wachsen und damit auch die Zinserträge. - Die gesamte Entwicklung zeigt die Tabelle 5.

**Nach 50 Jahren hat der ZAP-Satz fast 26% erreicht.** Das bedeutet: **Bei gleich hoher Rechnung erhält der Kunde nur noch drei Viertel der Ware.**

## 6. Mit den Preisen monatlich bezahlte Zinsen der Haushalte (ZAP-Beträge)

Es ist naheliegend, dass nun die Berechnung folgt, wie viele Zinsen die Haushaltsgruppen über ihren Konsum bezahlen. Da der Konsum jeder Haushaltsgruppe und die jährlichen Zinsanteilssätze der Preise (ZAP-Sätze) bekannt sind, ist das nicht schwierig. Das Ergebnis zeigt Abbildung 6.

Monatlich über die Preise gezahlte Zinsbeträge (ZAP)



**Abbildung 6** (ZS 4%, SN 2)<sup>4</sup>

Das Bild ist zu den bisherigen in Kapitel 3 vorgestellten Diagrammen (Sparvermögen, Sparbeträge, Zinsen und Einkommen) sehr ähnlich:

Die Armen zahlen am wenigsten, die Unteren mehr als das Eineinhalbfache der Armen, die Mittleren das Zweieinhalbfache der Armen, die Oberen fast das Dreieinhalbfache

der Armen und die Reichen – mit deutlichem Abstand nach oben - das Meiste. Der ZAP-Betrag der Reichen ist fast doppelt so hoch wie der der Oberen und sechsmal so hoch wie der der Armen (jeweils nach 50 Jahren).

**Also scheint alles gerecht zu sein**, es ist alles so wie es sein muss, die besser gestellten Haushalte zahlen deutlich mehr. Man kann sich also zufrieden geben und alles in Ordnung wähen. - **Das wäre aber ein voreiliger Schluss.**

Was nämlich bei genauem Vergleich der fünf Abbildungen 3a bis 3d und 6 auffällt, ist, **dass nur in Abb. 6 der Kurvenanstieg der Armen und Unteren nennenswert ist.** Deshalb folgt im nächsten Kapitel ein genauer Vergleich.

## 7. Die Schere – Der Zinssaldo Spaltung zwischen Reich und „Rest“

Der Vergleich der Abbildungen 3c (monatl. Zinseinnahmen) und 6 (monatl. ZAP-Beträge) ergibt: Im 50. Jahr erhalten die Armen fast keine Zinsen, zahlen aber 200 €, die Unteren erhalten 60 und zahlen 340, die Mittleren 200 und zahlen 500, die Oberen 500 und zahlen 700. Die Reichen erhalten 2210 und zahlen 1230 Euro.

Die genauen monatlichen Zinssalden im 50. Jahr sind:

Arme	-198 €
Untere	-280 €
Mittlere	-305 €
Obere	-202 €
Reiche	985 €

Am Ungünstigsten schneiden die Mittleren ab, dann kommen fast gleich ungünstig die Unteren. Die Oberen zahlen ein klein wenig mehr als die Armen. Lediglich die Reichen kassieren. Und was noch zu bemerken ist: Die Saldensumme ist gleich Null. D.h. wenn die negativen Salden der vier niedrigeren Gruppen addiert werden, ergibt sich derselbe Betrag wie bei den Reichen.

**Ergebnis: 80% der Bevölkerung bezahlen die Zinseinnahmen von 20% der Bevölkerung und erhalten per Saldo selber nichts.**

Das ist dann doch vielleicht unerwartet.

Da ist sie also: **Die Schere zwischen „Arm und Reich“, die sich immer mehr öffnet.** (Abbildung 7)

Hinter ihr verbirgt sich eine **permanente Geldpumpe von Arm nach Reich**, die durch die Zinsen betrieben wird.

**„Arm“ bedeutet hier: 80% der Bevölkerung.**

Betrachtet man die Kurvenverläufe vom 1. Jahr an, dann ist festzustellen, dass diese Schere keine Spätfolge des Systems ist. Sie öffnet sich bereits im 1. Jahr, wenn auch so wenig, dass es nicht bemerkt wird. Es wäre darüber nachzudenken, wie lange und ob überhaupt dieser Prozess akzeptabel oder tolerierbar ist.

Dieser Effekt ist offenbar eine Auswirkung des Zinsmechanismus in unserer kapitalistischen Gesellschaft. **Er ist praktisch unbekannt.**

**Was bekannt ist, das ist die Floskel „Schere zwischen Arm und Reich“, sie ist ständig Thema der Medien, es wird aber nicht nach den Ursachen geforscht.**

Im nächsten Kapitel soll ergänzend untersucht werden, wie sich Veränderungen der Parameter (Sparverhalten / Zinssatz) auf die Entwicklung dieses Effekts auswirken.

## 8. Entwicklung des monatlichen Zinssaldos, wenn die Reichen mehr sparen

Im ersten Durchlauf des Modells war ab 4500 € Monatseinkommen eine linear um 2% steigende Sparquote (Sparneigung 2) definiert. D.h. z.B., dass bei einem Einkommen von 5500 € die Sparquote 22% war, der Sparbetrag dann 1210 €. - In einem zweiten Durchlauf ist die Sparneigung 5 festgelegt. Dann sind bei 5500 € Einkommen Sparquote und Sparbetrag 25% bzw. 1375 €. Hier gehen die Sparquoten bei den Reichen in den 50 Jahren bis 31%, bei den anderen ändern sie sich nur wenig, da die Einkommen nicht genügend steigen. Die mittlere Sparquote ist 10,1% und entspricht damit dem derzeitigen realen Wert.<sup>10</sup> **Der Zins-Preis-Anteil ZAP steigt bis auf 29%**; das entspricht dem 30% - Wert der INWO (vgl. Vorbemerkung Kap.1).

Die Ergebnisse für die Zinssalden stehen in Tabelle 8. Im Vergleich zum Modelldurchlauf mit Sparneigung 2 haben **alle vier „niedrigen“ Gruppen einen schlechteren Saldo**, die Oberen in besonderem Maß (42% Negativ-Zuwachs), **die Reichen einen positiven von 22%**. -- Auch hier ist die Summe der vier negativen Salden gleich dem einen positiven.

**Zusammenfassung: Wenn die Reichen mehr sparen, dann erhöht sich ihr Zinssaldo. - Die vier niedrigen Haushaltsgruppen müssen diese zusätzlichen Geldbeträge erarbeiten und mit den Kaufpreisen bezahlen. Diese Beträge gehen von ihrem Konsum ab.**

Die festgestellten Effekte verstärken sich, wenn die Sparneigung noch mehr vergrößert wird. **Je sparsamer die Reichen leben, desto schneller tritt also die ungünstige Wirkung für den „Rest“ der Bevölkerung ein.**

Anschließend soll noch untersucht werden, wie sich höhere Zinssätze auf die Zinssalden auswirken.

## 9. Entwicklung der monatlichen Zinssalden wenn der Zinssatz für Guthaben steigt.

Wird der Zinssatz des Modells erhöht, z.B. auf 6%, dann ist zu erwarten, dass der Reichen-Zinssaldo und die anderen vier Zinssalden weiter auseinander gehen.

Die Ergebnisse zeigt Tabelle 9a. - Bei allen vier „niedrigen“ Gruppen (Arme bis Obere) wird **der negative Saldo deutlich ungünstiger**. Hingegen steigt der Zinssaldo **der Reichen deutlich an**. Die Mittleren haben nach wie vor den ungünstigsten Absolutwert.

**Als letztes Ergebnis sei Abbildung 1 betrachtet.** Der Zinssatz ist dort 8% und die Sparneigung 5. - Es wird deutlich, wie die Zinssaldenentwicklung sichtbar exponentiell geworden ist: **Die Kurve der Reichen steigt immer steiler an, geht zum Ende hin sehr steil in die Höhe.** Bei den anderen ist es umgekehrt, **die Oberen und Mittleren gehen am Ende steil in die Tiefe.** Zu Beginn, in den ersten knapp 20 Jahren, verlaufen die letzteren fast geradlinig.

## "Die Schere"

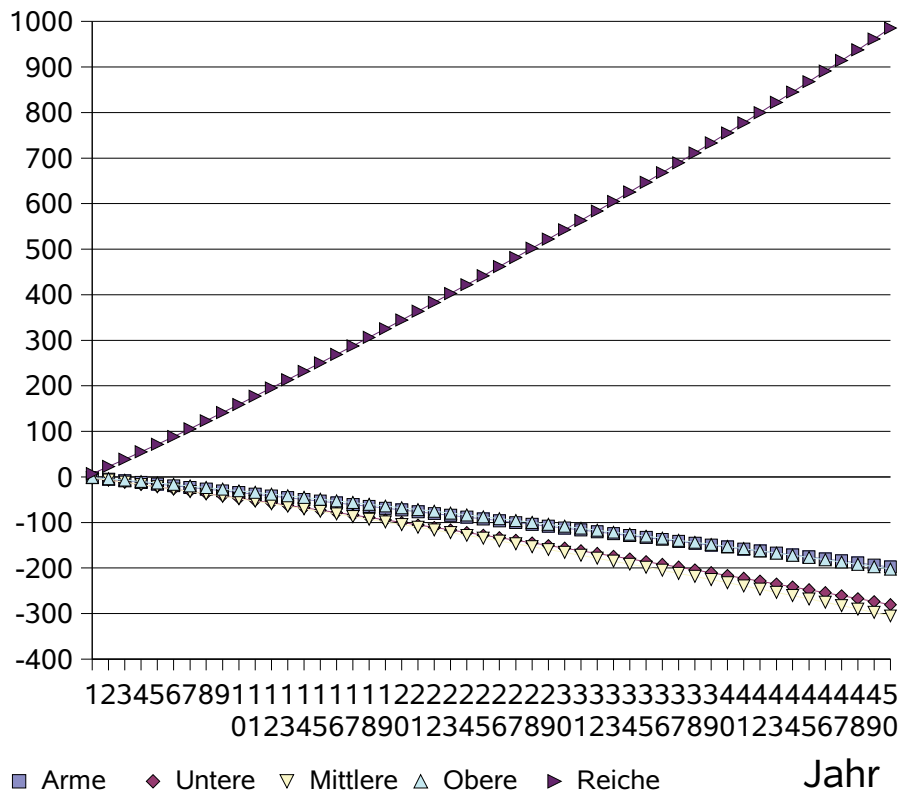


Abbildung 7: Monatlicher Zinssaldo ZISA (ZS 4%, SN 2)<sup>4</sup>

Sparneigung	2	5	Änderung
Arme	-198 €	-223 €	-13%
Untere	-280 €	-323 €	-15%
Mittlere	-305 €	-368 €	-21%
Obere	-202 €	-287 €	-42%
Reiche	985 €	1.201 €	22%

Tabelle 8: Vergleich monatl. Zinssalden (Jahr 50) bei Sparneigung 2 bzw. 5 (ZS 4%)

Zinssatz	4%	6%	Änderung
Arme	-198 €	-316 €	-60%
Untere	-280 €	-459 €	-64%
Mittlere	-305 €	-519 €	-70%
Obere	-203 €	-349 €	-72%
Reiche	985 €	1.643 €	67%

Tabelle 9a: Vergleich monatl. Zinssalden (Jahr 50) bei Zinssätzen 4% bzw. 6% (SN 2)<sup>4</sup>

nig.<sup>11</sup>

Die Gesamtschau der fünf Kurvenzüge ist beängstigend: **Das zunehmende Auseinandergehen der Schere zwischen „Arm“ und Reich wirkt geradezu explosiv.** (Anmerkung: Abb. 7 und Abb. 1 haben unterschiedliche Maßstäbe. Bei gleichen Maßstäben sind die Verläufe noch extremer unterschiedlich.)

Die Reichen kassieren per Saldo ein Zinseinkommen, das bereits im 44. Jahr ihr Arbeitseinkommen (4200 €) erreicht und im 48. Jahr sogar deutlich überschreitet (> 5500 €).

Die Kurven der Mittleren (Dreiecksspitze unten) und der

<sup>10</sup> Hannoversche Allgemeine 10,5% (30.10.07); 11,2% (26.10.9)

<sup>11</sup> Das ist eine der besonderen Eigenarten exponentiellen Wachstums, am Anfang fällt es nicht auf.

Oberen (Spitze oben) sind etwas schwierig zu erkennen, weil sie sich am Ende überkreuzen. Die Kurve der Oberen unterschneidet die der Mittleren nach 42 Jahren, die der Unteren „in den dreißiger Jahren“. **Am Ende haben die Oberen den größten negativen Zinssaldo zu tragen.**

Letztlich liegt es daran, dass es sich die Reichen leisten können, zunehmend mehr zu sparen, während das für die anderen Gruppen nicht gilt. Die Oberen könnten sich evtl. noch „retten“, wenn sie ihre Sparquote erhöhen und weniger konsumieren würden.

**Merkwürdig ist, dass die Kurven mit dem 48. Jahr abbrechen.**

Die Erklärung ist aber einfach: **Der Zinsanteil der Preise hat 100% erreicht und das gesamte System kollabiert.**

**Hier wird der grundlegende Effekt unseres Zins-Geld-Mechanismus in voller Konsequenz sichtbar.**

**Die Menschen arbeiten nur noch für die Zinsen**, sie sind Sklaven eines modernen Geld-Feudalismus geworden und müssten alimentiert werden, damit sie überleben können. Diese Alimentation müssten die Reichen abzugeben. - So absurd diese Schilderung klingt und ist, sie stellt den Endzustand unseres Zinsgeldsystems dar. -- **So eine Gesellschaft ließe sich nur als Sklavenhalterei bezeichnen.** (Solange das System ohne Gewalt überhaupt noch bestehen kann - also deutlich vor dem 100%-Zinsanteil - besteht der „Rest“ der Bevölkerung gewissermaßen aus „Teil-Sklaven“ entsprechend dem Zinsanteil.)



*Abb. 9c: Bronzefigurine Ringköbing, DK / Foto: Geld-Ausstellung Heimatmuseum Coppenbrügge Sept. 2008*

## 10. Schlussbemerkungen und Alternative

Die bis hierhin dargestellte „Schere“ zwischen „Arm“ und Reich mit ihrer **Geldpumpe von „Arm“ nach Reich** zeigt die Problematik unseres Geldsystems.

### 10a. Modell und Realität

Im Modell bleiben die Preise gleich aber der Warenanteil sinkt, weil der Zinsanteil wächst.

**In unserem realen System läuft es anders herum, aber der Effekt ist genau der gleiche.** Auch dort wachsen die Geldvermögen über den Zinseszins zunehmend an und damit die Zinsforderungen in den Preisen. **Bei gleicher Warenmenge werden deshalb die Preise erhöht.** Wenn die Einkommen nicht auch erhöht werden, **geht der reale Konsum ebenso nach unten.** (Der Sklaven-Aspekt gilt auch hier.)

**Der Zins-Anteil im Modell ist der Zins-Aufschlag in der Realität.**

Es sind also Lohn- und Gehaltssteigerungen notwendig. So ist es in der BRD von 1949 über die Zeit des „Wirtschaftswunders“ hinweg bis in die 80er Jahre hinein gelaufen. Die Einkommenserhöhungen führen aber auch wieder zu Preiserhöhungen. Wir nennen das Ganze „Inflation“. Im Gegenzug gibt es Rationalisierung und Arbeitsplatzabbau. Der zu leistende Sozialtransfer steigt. Das bringt höhere Lohnnebenkosten, höhere Steuern und/oder Sozialabbau. Dadurch wird das Nettoeinkommen wieder kleiner, der Circulus vitiosus ist geschlossen.

**Eine den sozialen Frieden einigermaßen erhaltende Situation kann nur noch erreicht werden, wenn die Wirtschaft insgesamt wächst.** Dadurch wird der zu verteilende Kuchen größer. Die jeweiligen Anteile der 5 Bevölkerungsgruppen werden auch größer, **aber nur im Betrag. Die relativen Anteile der vier unteren Einkommensgruppen sinken.** - Das bedeutet, der Hauptanteil der wachsenden Wirtschaft geht wieder zu der ohnehin wohlhabenden Bevölkerungsgruppe **und wir haben auch dann wieder denselben Effekt.**

Weiterhin: Ein permanentes Wirtschaftswachstum ist zwangsläufig exponentiell und führt bei 2% zur Verdopplung in 35 Jahren, bei 4% in 18 Jahren. Was das für unseren Lebensraum wegen des erhöhten Ressourcenverbrauchs bedeutet, müsste klar sein: Unsere Lebensgrundlagen auf der Erde werden zunehmend zerstört. So könnte sogar der Gedanke entstehen, dass auch dieser „Effekt“ eine Folge des Geldsystems wäre.

**Sowohl die im Modell dargestellte als auch die reale Situation ist nicht haltbar. Weder ökonomisch noch sozial und auch nicht politisch.** Da die realen Verhältnisse zwischen „Arm“ und Reich lange vor dem mathematischen Ende absolut unerträglich werden dürften, führt die Notwendigkeit des gerechten Ausgleichs an der Teilhabe der Wirtschaftsproduktion zu sozialen Unruhen, letztlich würden Aufstände kommen. - **Der soziale Friede wäre nicht mehr zu retten.**

Noch eine Ergänzung zum Anwachsen der Geldvermögen über die Zinseszinswirkung.

Nicht nur im Modell wachsen die Geldvermögen deswegen an: Im Durchlauf der Abbildung 1 hat jeder der 20% Reichen-Haushalte am Ende ein Vermögen von 1,7 Millionen Euro, ohne Zinsen wären es 460.000,-. In einer Erweiterung des Modells mit einer Aufteilung der Reichen in zwei Untergruppen (Superreiche/Reiche) saugen die Superreichen sogar die Reichen noch aus, so dass diese letztlich auch nicht ungeschoren bleiben, was sich bei den Oberen ja schon angedeutet hat, deren Zinssaldobelastung am höchsten wird (Tab.8, Tab.9a, Abb.1).

In der Realität ist es ebenso, sogar noch extremer. Besonders in den letzten zwei Jahrzehnten hat sich ein globales Finanzkapital angesammelt, das mittels moderner Computer und weltweiter Datennetze um den ganzen Globus zirkuliert und mehr als das Zehnfache des globalen Wirtschaftsprodukts betragen soll. Und es gehört einem extrem kleinen Teil der Weltbevölkerung.

Diesem Kapitalmarkt entsprechen keine realwirtschaftlichen Tatsachen mehr – Geldvermögen ist zur Ware und zum Problem geworden. Wenn da in der einen oder anderen Hinsicht überforderte Einzelne oder Gruppen direkt in die Realwirtschaft eingreifen oder auch langfristige Strategien verfolgen, dann wird es gefährlich (man vgl. die die heutige Problemlage startende Immobilienblase in den USA).

Die Verwendung solcher Kapitalmassen erfordert eigentlich nicht nur höchste Ansprüche an Fachkompetenz sondern auch an Überblick weit über Profitdenken hinaus, allgemeinem Wissen, Verantwortlichkeit (da müsste auch mal Art. 14 GG angeführt werden: Eigentum verpflichtet), Kritikanwendung, auch sich selbst gegenüber und Klarheit des Bewusstseins. - Die Akteure sollten mal selbstkritisch darüber nachdenken, was sie da eigentlich tun.

**Geld ist letztlich zu einem Bewusstseinsproblem geworden.** - Deshalb soll am Schluss ein kleiner Ausblick auf eine mögliche Lösung der Probleme gegeben werden. Doch zunächst noch weitere Anmerkungen zum Modell.

### 10b. Weitere Anmerkungen zum Modell

Das Sparvermögen wird im Modell nicht für Konsum eingesetzt: Selbstverständlich dient Sparen nicht nur dem Erzielen von Zinsen, sondern auch zum Ansparen auf Anschaffungen und zur

Bildung von Reserven. Die Sparrate im Modell ist also eher als ein gewissermaßen Grundsparen zu verstehen, das über Ansparen und Reservenbildung (soweit sie denn gebraucht werden) hinausgeht. Da sich die Reichen das sehr viel leichter leisten können, sind die Modelldurchläufe eher konservativ.

Die Laufzeit von 50 Jahren: In 50 Jahren wird in einem Privathaushalt in aller Regel ein Generationswechsel stattfinden. Da steht für das angesammelte Vermögen Erbschaftssteuer an. In der Regel wird größeres Vermögen höher besteuert. Hier würde also ein gewisser Ausgleich stattfinden, dessen Umfang und Auswirkung abzuschätzen wäre. An dieser Stelle wäre auch das „Halljahr“ der Bibel anzuführen (3.Mose 25 – jedes 50.Jahr). - Weiterhin ist i.a. nicht sicher, dass Erben die Ökonomie in gleicher Weise fortführen („Buddenbrook-Effekt“). Dies würde ggf. die Effekte vermindern.

Der Zinsanteil in den Preisen lasse sich so einfach nicht berechnen: Zum Beispiel könne man nicht feststellen, wie weit der Unternehmer/Produzent einen Teil der Zinslasten selbst trägt indem er seinen Gewinn schmälert. Das ist eine sehr soziale Einschätzung des Produzenten. Er kann es nämlich auch über die Kürzung der Mitarbeitergehälter, Rationalisierung etc. auffangen. Dann tragen es zwar nicht die Konsumenten insgesamt, aber doch die von den Maßnahmen betroffenen Arbeitnehmerhaushalte.

Zurzeit realisieren die Zentralbanken Leitzinsen nahe Null, damit reduzieren sie das Scherenwachstum. Allerdings nützt das nur dann etwas, wenn die Kreditzinsen auch nach unten gehen, was nicht der Fall ist. Und die soziale Unsymmetrie ist schon da. Es ist also auch keine Lösung.

### 10c. Zur Alternative des heutigen Geldsystems

Das Konzept eines alternativen, „umlaufgesicherten“ Geldes hat Silvio Gesell erarbeitet und in seinem Werk „Die natürliche Wirtschaftsordnung“ 1916 ausführlich dargestellt. Ein solches Geld verhindert die beschriebenen Entwicklungen „Schere“ und „Geldpumpe“. Zinsen werden keine zentrale Rolle mehr spielen, wie sie das heute tun. Inzwischen gibt es in Deutschland gut 30 „Regionalgeldinitiativen“, bei denen solche Ideen in Form von „Zweitwährungen“ erprobt werden.

Nachfolgend eine kurze Skizze als Diskussionsbeitrag:

Das heutige Geld ist der Ware überlegen. Während nicht verkaufte Waren Lagerkosten verursachen, veralten oder sogar verderben, ist das beim Geld nicht der Fall. Die normale Inflation ist im Vergleich gering. Der Geldbesitzer wartet auf günstigere Preise oder Angebote. **Das wartende Geld fehlt aber im Wirtschaftskreislauf.**

Damit Geld auf gleicher Stufe mit den Waren steht, **muss es „altern“ oder „rosten“, seine Nicht-Verwendung Gebühren kosten** (die man auch als Steuern bezeichnen kann). Dann würde jeder sehen, dass er **sein Geld möglichst schnell wieder los wird**, etwas kaufen, Geld verleihen oder verschenken. **Geld wird nicht zurückgehalten, bleibt im Fluss und hält damit die Wirtschaft am Laufen.**

Bargeld wird terminlich gekennzeichnet und von den Banken im Zentralbankauftrag von Zeit zu Zeit gegen Gebühreneinzug umgetauscht. Bei Girokonten werden analog zeitabhängig Gebühren abgebucht. **Sparen verläuft wie heute über die Banken/Sparkassen, die das eingezahlte Geld auf langfristigen Sparkonten buchen** und als Kredit verleihen. Der Kreditnehmer hat dann das Geld, er müsste die Umlaufgebühr tragen, aber er wird das Geld ja ausgeben. **So fällt für das Sparguthaben keine Umlaufgebühr an. Zinsen auf das Guthaben wird es auch**

**nicht geben**, nur in Sondersituationen und dann nahe bei Null. Es gibt kein „automatisches“ Geldwachstum und keine Inflation.

**Der Wert des Sparguthabens ist somit gesichert** und jeder spart, so viel und so lange er will und kann.

**Die Umlaufgebühr übernimmt die Funktion der Zinsen ohne deren Nebenwirkungen.**

Die Banken wären gezwungen, Kredite auszugeben (etwas, was sie in der laufenden Krise ungern tun, obwohl es dringendst notwendig ist). Wirtschaftet eine Bank schlecht und wird die Spargelder nicht als Kredite los, kriegt sie Probleme, bei ihr würde die Umlaufgebühr anfallen. Sie kann die Beträge an die Zentralbank weitergeben. Bei der können es dann Banken, die zu wenig Geld für Kreditzwecke haben, ausleihen. Sollten Geldbeträge nicht abgefordert werden, dann ist zuviel Geld im Umlauf. Die Zentralbank wird dann die Umlaufgebühr erhöhen, um das überzählige Geld abzuschöpfen und es ggf. vernichten. Im umgekehrten Fall wird sie die Umlaufgebühr erniedrigen oder einfach neues Geld drucken und in Umlauf geben, z.B. als Konjunkturmaßnahme für bestimmte Zwecke. Dabei verschuldet sich der Staat nicht, wie es heute der Fall ist, es wurde nur zusätzliches Geld gedruckt, das die Wirtschaft für das Fließen der Waren/Dienstleistungen braucht. Eine solche Art von Geld ist neutral und bevorteilt keine Bevölkerungsgruppen.

Die Zentralbank hätte die Geldmenge unter genauer Kontrolle, was heute nicht der Fall ist. - Wirtschaftswachstum wäre möglich, aber nicht notwendig, für Wirtschaftsschrumpfung gilt das gleiche. Die Wirtschaft würde ohne Kreditklemmen gut laufen, dem Menschen dienen und nicht fragwürdigem Geld-„Reichtum“. Hier nicht angesprochen sind Fragen des Bodenrechts.

---

**Zinsen sind nichts Naturgegebenes.** Vom politischen Gestaltungswillen der Menschen hängt es ab, wie das Geldsystem aufgebaut ist. -- Man wird merken, dass Geldvermögen keine Haufen von Geldscheinen oder teuren Münzen sind, sondern - und ihre Realisierung als Speicherplätze im Bankcomputer deutet es an: **Geld ist ein Bewusstseinsphänomen:** Wie gehe ich mit Ansprüchen aus von mir erbrachten Leistungen (Warenlieferungen und/oder Dienstleistungen) um? --- **Tun wir etwas, damit die Politiker Problem und Lösung noch rechtzeitig erkennen. Dann wird die Revolution sich in den Köpfen abspielen und friedlich sein.**

**- Ein Paradigmenwechsel ist notwendig -**

**Geld hätte eine wirklich dienende Funktion und die Menschen könnten sich um wichtige Dinge kümmern.**

-----

Adresse des Verfassers: [hennig.frost@gmx.de](mailto:hennig.frost@gmx.de);  
Andersenstr.12; 30827 Garbsen;  
DieSchere-2009Okt28-Alternativen68.sxw

Sonderdruck aus „DRITTER WEG - ALTERNATIVEN“ Nr.68,  
Zeitschrift der Bürgerinitiative A3W -  
- ALTERNATIVE DRITTER WEG;  
31079 Eberholzen, Gänseberg 11;  
[alternative-dritter-weg@t-online.de](mailto:alternative-dritter-weg@t-online.de)  
Preise incl.Porto:  
1Expl. 1,50 €, 5 Ex. 4 €, 10 Ex. 6 €, 20 Ex. 10 €  
Probehefte der Zeitschrift 3,- € / Bücher - Preise incl. Porto:  
Margrit Kennedy "Geld ohne Zinsen u. Inflation" (268 S.) € 9,-  
Helmut Creutz "Das Geldsyndrom" (628 S.) € 19,-  
Silvio Gesell „Die natürliche Wirtschaftsordnung“ (389 S.) 22,- €  
[www.alternativen.biz](http://www.alternativen.biz)

# **Satzung der ALTERNATIVE DRITTER WEG – A 3 W**

## **Bürgerinitiative für Arbeit, Gerechtigkeit, Gesundheit, Umwelt, Frieden.**

§ 1. Die ALTERNATIVE DRITTER WEG – A 3 W ist eine politische Vereinigung im Sinne des Grundgesetzes. Sie will an der politischen Willensbildung des Volkes durch Aufklärung und politische Bildung, durch Unterstützung von Volksabstimmungen oder Einleitung eigener Volksentscheide gemäß ihrer Programmziele mitwirken. Sie unterstützt Aktionen in der Zielrichtung ihres Programms, z. B. Tausch- und Regio-Geldringe, Bodengenossenschaften und erstrebt die Anerkennung als gemeinnützig wirkender Verein.

§ 2. Die Ziele von A 3 W sind im Programm mit den Abschnitten Arbeit und Wirtschaft, Gesundheit und Umwelt und Staat –Recht – Völkergemeinschaft niedergelegt. Auf diesen ständig mit einfachen Mehrheiten der Mitgliederversammlungen zu erweiternden Grundlagen erarbeitet der Verein Vorschläge zu aktuellen und grundsätzlichen politischen Fragen und bringt sie über ihre Zeitschrift mit dem derzeitigen Titel „ALTERNATIVEN“, durch Pressedienste und Flugblätter, sowie durch Veranstaltungen in die politische und gesellschaftliche Diskussion ein. Sie will die Gesetzgebung, die Arbeit staatlicher Institutionen, die Parteien und gesellschaftlichen Organisationen im Sinne ihrer Ziele aufklären und beeinflussen.

§ 3. Mitglied des Vereins kann jede unbescholtene Person über 16 Jahre werden, die das Programm und die Satzung anerkennt. Fremdenfeindlich-rassistische, nationalistische, nationalsozialistische und gewalttätige Einstellungen und Handlungen sind Gründe zur Nichtaufnahme und zum Ausschluss. Die Mitarbeit von Mitgliedern demokratischer Parteien ist erwünscht. A 3 W erstrebt eine enge Zusammenarbeit mit Gruppen sozialer, ökologisch-gesundheitlicher, friedens-, frauen-, entwicklungspolitischer u. ä. Bewegungen.

§ 4. Die Mitgliedschaft beginnt vorläufig mit der Einreichung der Beitrittserklärung bei der Geschäftsstelle oder einer örtlich-regionalen Gruppe. Innerhalb von 8 Wochen kann diese oder der Bundesvorstand die Aufnahme verweigern. Dagegen besteht Einspruchsrecht bei einem zu bildenden Ehrenrat/Schiedsgericht.

Die Mitgliedschaft endet durch jederzeit möglichen Austritt, Tod oder Ausschluss gemäß Ein Ausschluss ist gemäß § 3, Satz 2, möglich und wenn das Ansehen des Vereins schwer geschädigt wird. Betroffene können den Ehrenrat/das Schiedsgericht anrufen, für die noch ein Geschäftsordnungsverfahren erarbeitet wird.

§ 5. Der Verein finanziert sich durch Spenden und Beiträge. Die Mitgliedsbeiträge sollen in der Regel Euro 3,- je Monat betragen. Jedes Mitglied hat das Recht diesen Betrag zu überschreiten oder je nach Wirtschaftslage zu unterschreiten. Auch Frei-Mitgliedschaften sind möglich. Der Beitrag schließt in jeder Beitragsstufe –auch bei Freimitgliedschaften - den Bezug der Mitgliedszeitschrift DRITTER WEG - ALTERNATIVEN ein.

§ 6. Mindestens alle drei Jahre tagt eine Mitgliederversammlung auf Bundesebene, bei der alle Mitglieder gleiche Rechte haben. Das gilt auch für sich bildende örtlich-regionale Gruppen. Die Mitgliederversammlung entscheidet über alle Vereinsangelegenheiten und kann auch Vorstandbeschlüsse zwischen den Mitgliederversammlungen aufheben oder verändern. Sie wählt für drei Jahre einen Vorstand, der aus mindestens drei Personen besteht: Vorsitzende/r, zweite/r Vorsitzende/r und Schriftführer/in und Kassierer/in.

Die Ladungsfrist beträgt mindestens 14 Tage und kann bei Dringlichkeit verkürzt werden. Außerordentliche Mitgliederversammlungen sind einzuberufen, wenn sie mindestens 10% der Mitglieder mit Unterschrift und Angabe der Beratungspunkte verlangen. Abstimmungen und Wahlen erfolgen mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder und sind offen, wenn nicht von einem Mitglied geheime Abstimmung verlangt wird.

§ 7. Der Verein ist selbstlos tätig, verfolgt keine eigenwirtschaftlichen Zwecke, gibt seine Mittel nur für satzungsmäßige Zwecke aus. Seine Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus seinen Mitteln und niemand wird durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen für dem Verein erbrachte Leistungen begünstigt.

§ 8. Geschäftsführender Vorstand im Sinne des BGB sind der 1. und 2. Vorsitzende.

§ 9. Der Sitz des Vereins ist Eberholzen. § 10. Die Satzung kann nach Eintragung des Vereins beim zuständigen Amtsgericht mit 2/3 der anwesenden Mitglieder der Mitgliederversammlung geändert werden.

§ 11. Über die Verwendung eines bei der Auflösung des Vereins vorhandenen Vermögens entscheidet die Auflösungs-Mitgliederversammlung im Sinne der Vereinsziele.

§ 12. Die Mitglieder können sich in Arbeitsgruppen zur Stärkung der Vereinsarbeit im Sinne von Programm und Satzung organisieren und können mit eigenen Stellungnahmen an die Öffentlichkeit treten. Die Mitarbeit von Nichtmitgliedern ist erwünscht. Arbeitsgemeinschaften sollen mit den Landes/Bundesvorstand kooperieren.

Dieser Satzungsvorschlag ist vorläufig und wird auf der nächsten Mitgliederversammlung beraten und beschlossen. Sie weicht in einigen Punkten von der am 26. 11. 2005 von 7 Mitgliedern beschlossenen Satzung ab Eine breite Diskussion ist schon jetzt möglich und erwünscht. Der 2. Vorsitzende, G. Otto, regt schon jetzt die Bildung einer AG Gesundheitspolitik mit Untergruppe vegetarische Politik an- und bittet Interessierte um Mitarbeit. Bitte Vorschläge an das Büro Eberholzen.

**I N S E R A T: Die Dominanz des Englischen ist kein Zufall, sondern eine gezielte Beeinflussung zum Vorteil der englisch sprechenden Länder, denn mit Englisch als Muttersprache ist dieser Teil der Welt allen anderen Nationen überlegen. Die Kosten der internationalen Verständigung lasten einseitig auf den Schultern der nicht Englisch sprechenden Länder und ist für sie eine wirtschaftliche Benachteiligung. Mit der internationalen Sprache **Ido**, die zehnmal leichter zu erlernen ist als Englisch, bestände Chancengleichheit mit anderen Sprachen. Unterstützen und Lernen Sie Ido! **Weitere Informationen gegen 0,55 c. in Briefmarken. Kurzkurs 2,50.** Deutsche Ido-Gesellschaft e4.V. 37284 Waldkappel-Burghofen, Thüringer Str. 3  
Tel: 05656/634 Fax: 05656/1812 [alfred.neussner@ido.li](mailto:alfred.neussner@ido.li) [www.idolinguo.de](http://www.idolinguo.de)**

**Impressum: ALTERNATIVEN– Zeitschrift für Liberalsoziale Ordnung – LSO –** vertritt die Freiheitsziele des Liberalismus und Anarchismus und die Gerechtigkeitsziele der Weltreligionen, des Humanismus und Sozialismus. Hrsg.: Bürgerinitiative A3W-ALTERNATIVE DRITTER WEG Abo im A3W-Beitrag incl., Regelbetrag 25 E. Frei-Abo und Frei-Mitgliedschaften möglich, auch geringere Beträge. Zusätzliche Spenden steigern unsere Arbeit. 2009: 2mal mind, 26 Seiten i.J... Konto: A3W – Alternativer dritter Weg – Nr. 31 000 12371 SpK ON BLZ: 850 501 00. Red: G. Otto, 31079 Eberholzen, Gänseberg 11, T.: 05065/8132 - [alternative-dritter-weg@t-online.de](mailto:alternative-dritter-weg@t-online.de) -www.alternativen.biz.- Druck J. Lühmann, 31167 Bockenem, Marktstr. 3.

**Aufbau eines Mail-Werbenetzes** Mailen Sie uns bitte Ihre Mail-Adresse mit deutlichen Angaben! Dann erhalten Sie unsere aktuellen Nachrichten zwischen den ALTERNATIVEN für sich als Information und zum Weiterleiten als Mail, z.B. Mitte November zur neuen Regierung und zur Grippe-Massenimpfung.

Der neue Kassierer von A3W, Michael Krenz, 02943 Weißwasser, Straße der Einheit 21, hat die Arbeit aufgenommen. Das neue Konto für Zeitung und A3W- Beitrag lautet: A3W-Alternative Dritter Weg Konto Nr. 31 000 12371 Sparkasse Oberlausitz-Niederschlesien, abgekürzt SpK-ON - BLZ: 850 501 00. Wir bitten um vollständige Absenderangaben. Bitte das Konto G. Otto i.d. Regel nur noch für Buchbestellungen benutzen.: G. Otto, Eberholzen, Nr.- 25 00 42 – 303 Postbank Hannover 250 100 30

**Termine bis Jahresende: Wir planen den Versand Nr. 68 ab 3. 11. und nehmen daher nur Termine auf, die unsere Leser noch wahrnehmen können:**

**Essen – 7. 11. : Börsen – Banken – Wirtschaftskrise.** VHS , Burgpl. 1 (H.Creutz/W.Schmülling) T. 02054/80680

**Bad Boll – 14.-15. 11.: Das Kapital – Nutzen und Gefahren Infos, [www.SFFO.de](http://www.SFFO.de), Mail: [info@sffo.de](mailto:info@sffo.de)**

**Jena – 17. 11. 19.30 Melanchthon-Haus; Hornstr. 4 – G. Otto: Silvio Gesell 1919 in der Räteregierung:**

**Leipzig (16. 11.)–Plauen (18. 11.):Termin mit G. Otto, Einladungen örtlich, sonst A3W 31079 Eberholzen**

**Wuppertal-Silvio Gesell Tagungsstätte: 27.-29. 11. Jahresfeier Förderverein NWO: T. 02053 423798**

**Hannover, 5. 12. Freizeithelm Linden ab 16 Uhr Diskussion der LINKEN: Überwindung der Krise durch Steuern und Bankenkontrolle oder/und ges. Geldumlauf und Antizinspolitik zw. Prof. Schui, Wirtschaftssprecher der LINKEN im Bundestag und Prof Dirk Löhr für die NWO-Bewegung-**

**Hannover, 12. 12. Fortsetzung: Speziell Geld- und Zinstheorie und Folgerungen bei Marx und Gesell – Übereinstimmungen und Widersprüche.** Ab 10 Uhr , Große Barlinge 63, Südstadt, Dreieck Sallstr. – Krausenstr.

**TERMINE GROSSRAUM Hannover- Hildesheim –Göttingen – (auch f. angr. Bundesländer gut zu erreichen.) Per Mail: [alternative-dritter-weg@t-online.de](mailto:alternative-dritter-weg@t-online.de) oder A3W-31079 Eberholzen, Gänseberg 11**

**Bücher– Flugblätter, vor allem die in dieser Nummer genannt wurden, fassen wir hier zusammen , Bezug über obige Adressen. Alle Preise sind mit Versand. Kleine Beträge auch in Briefmarken.**

**Von der Schrift Werner Zimmermanns SOZIALISMUS in FREIHEIT gib t es Kopien zu € 4,-**

**Henning Frost über die Wirkung der ZINSSCHERE einzeln € 1,50, 5Ex. € 4,-/10 Ex. 6,- /20 Ex. € 10,-**

**Dort bitte die Angaben für die Bücher von Helmut Creutz und Margrit Kennedy beachten.**

**Die 8 S. SILVIO GESELL als Finanzminister in der Räterepublik Bayern 1919 aus Nr: 66/67 sind preislich wie die 8 Seiten von Henning Frost.**

**20 Jahre nach der Rückkehr der DDR in den Kapitalismus:5 Ex. 1,50./10 Ex. 3,-/20 Ex. 6,-**

**Was spricht für DRITTER WEG und SOZIALISMUS in FREIHEIT: Preise wie oben - ebenso**

**Pflanzenkost, Volksgesundheit, Klimaschutz und Weltfrieden, 4 Seiten aus Nr. 66/67) .**

**Aus Nr. 66/67 erinnern wir an das Comik-Heft „Der Schatz von Wörgl“ € 6,-, 3 Ex. € 15,- besonders für junge Leute und an das Geld-Märchen „Die Münze Nuria“ von Sylvia Führer zu € 15,- Über Wörgl informiert umfassend „Der Welt ein Zeichen geben „ von Gerhard Ottacher zu € 15,-.**